

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

1/2 (10.1.1948)

1953 SA 2754

WIRTSCHAFTSREVUE

BULLETIN ECONOMIQUE

ECONOMIC REVIEW

Ausgabe D

RUHRKOHLENFORDERUNG
(etwöchentlich Aachener und Ibbenbücker Revier)

Wirtschafts-
Wochenschrift

Verlag und Redaktion:
Wolfgang, Postfach 104 97

Lit.-Nr. 1322 BG AA/Inf./Pr.

Ausgabe F: französische, und
Ausgabe E: engl. Kurzfassung

Nr. 1 (1/2) — 3. Jahrgang

Konstanz/Bodensee, den 10. Januar 1948

Doppeltariffer Preis RM 1.50



„Deutsches Eigentum“ in Österreich

Wirtschaftsgröße und weltgeschichtlicher Schlüsselpunkt

In Österreich sind die Unternehmen, die als ehemals „Deutsches Eigentum“ in der Ostzone von den Sowjets beansprucht werden, der politische Streitpunkt und die wirtschaftliche Schwierigkeit erster Ordnung.

In Potsdam wurde dieses „Deutsche Eigentum“ den Sowjets zugesagt. Jedenfalls sind die Russen zur Definition durch die Tat geschritten und die Unternehmen stehen in ihrer Verwaltung. Die sowjetische Auslegung der Frage steht im Gegensatz zur österreichischen und inzwischen auch zur Meinung der Westalliierten. Aber — der Staatsvertrag für Österreich wird von einer Einigung in dieser Frage abhängig gemacht.

Die französische Initiative

General Cherrière hatte einen Vermittlungsvorschlag gebracht und diese französische Initiative in der alliierten Verhandlungskommission für Österreich schien eine zeitlang einen Ausweg zu bringen. General Cherrière hat über die gegenwärtige Situation eine genaue Erklärung gegeben. Sie ist um so bemerkenswerter, als hier ein österreichisches Wirtschaftsproblem — wenigstens scheint es so — zur möglichen Basis einer neuen Verständigung der Großmächte — oder zur (scheinbaren?) Ursache ihres endgültigen Auseinandergehens werden kann.

Vor der Londoner Konferenz

lag die Saft vom Januar bis Februar 1947 in London. Mies bis April 1947 in Moskau. Am 1. Oktober 1947 bei der Wiener Staatsvertragskommission, stand die Frage des Deutschen Eigentums im Mittelpunkt. Durch fünf Monate wurde um die juristische Definition des Deutschen Eigentums, welches in Durchführung des Potsdamer Übereinkommens zu übertragen wäre, diskutiert. Die juristischen Auffassungen der verschiedenen Delegationen waren nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Deshalb schlug die französische Delegation eine vollkommen neue Formel zur Regelung dieser Kernfrage vor.

Auf der Londoner Konferenz

wurde das einschlägige Ziffermaterial als Diskussionsbasis von englischer und

amerikanischer Seite angenommen, während von sowjetischer Seite weder die französische Vergleichsformel noch die von General Cherrière vorgeschlagenen Zahlen angenommen wurden. Grund: Das Regelungsverfahren entspreche nicht den Potsdamer Beschlüssen und die aufgestellten Ziffern versicherten nicht die Übertragung aller Werte, die ihr in Österreich rechtmäßig zukommen sollten, an die UdSSR. Bevin und Marshall bestätigten (3. und 4. Dezember) die Übereinstimmung ihrer Bevollmächtigten über den französischen Wiener Vorschlag. Molotow erklärte, als die Verhandlung heftig wurde, daß auch die Sowjetunion die Unabhängigkeit Österreichs wolle, sagte jedoch, daß die von Frankreich vorgeschlagenen Zahlen zu gering seien, und gab zu verstehen, daß, um einen Vertrag zustande zu bringen, die UdSSR nicht unangenehm sei und einer Verringerung um 10% zustimmen würde. Es wurde aber nicht klar, auf welche Schätzung diese Verringerung sich bezog. Es wurden im damaligen Zeitpunkt seitens Molotows keine weiteren Vorschläge für eine andere Regelung noch neue Zahlen genannt.

Der 15. Dezember brachte nach der heftigen Rede Molotows gegen die Politik Englands, Amerikas, Frankreichs in den westlichen Zonen Deutschlands die Vertagung der Konferenz. Doch war Molotow damit einverstanden, die Bevollmächtigten sollten die Besprechung des Österreich-Vertrages wieder aufnehmen. Er versprach, neue zahlenmäßige Vorschläge in Bezug auf das Deutsche Eigentum zu machen. Im März bereits am 17. Dezember hatten die UdSSR die sowjetische Delegation binnen 15 Tagen neue zahlenmäßige Vorschläge vorlegen würde, denn die Zahlen, die vorher durch die französische Delegation angeführt wurden, wären zu schwach. Hatten die Franzosen am 27. November 50% der Forderungsbeträge des Zisterzienser Beckens vorgeschlagen, so sprach der russische Gegenvorschlag vom 17. Dez. bei beiden von 66%. Als Pauschalablösung für alles andere Deutsche Eigentum, welches von der UdSSR gefordert wird, schlug die französische Seite 100 Mill. Dollar (Wert 1938), tilgbar in zehn Jahresraten (nach einer Anfangsfrist) vor, zu zahlen, laut dem für

Italien angenommenen Verfahren, entweder mit Österreichs Naturerzeugnissen oder mit in Österreich zu verarbeitenden Produkten (die Rohstoffe oder die Grundprodukte sollen von der UdSSR geliefert werden.)

Ab 15. Januar wird das Studium des österreichischen Staatsvertrages wieder aufgenommen. Zu Beginn soll versucht werden, die Einzelheiten der Frage des Deutschen Eigentums auf doppelter Basis zu regeln, auf der Basis des französischen Vorschlages und der Basis des zahlenmäßigen sowjetischen Gegenvorschlages, der nächsten unterbreitet wird.

General Cherrière hat dazu laut „Wiener Zeitung“ erklärt: „Es ist vollkommen klar, daß diese allgemeine Regelung für Österreich in der Frage des Deutschen Eigentums eine Belastung bedeuten wird. Wir werden aber alles tun, um der österreichischen Wirtschaft zu ermöglichen,

diese Lasten zu tragen. Die ziffermäßigen Gegenvorschlüsse der Sowjetunion werden es übrigens ermöglichen, die maximalen Forderungen der östlichen Besatzungsmacht zu erfahren. Man darf aber nicht vergessen, daß, wenn man zu einem Staatsvertrag kommt, die Folge davon sein wird, daß die Kontrolle in Österreich spätestens 90 Tage nach der Ratifizierung aufhört und daß das Land geräumt werden wird. Die Regelung der österreichischen Frage scheint also nicht mehr wie früher an die Kondition einer vorübergehenden Regelung der deutschen Frage gebunden zu sein. Es ist klar, daß, wenn der österreichische Staatsvertrag verwirklicht wird, dies zum Wohl Österreichs selbst gereichen wird. Die Bedeutung wäre ferner ein beträchtlicher Fortschritt für den Frieden in Mitteleuropa, ja sogar in ganz Europa.“

Auf die Befürchtung einer Teilung Österreichs in zwei Hälften (bei Nichtzustandekommen des Vertrages) erklärte General Cherrière, die vier Mächte seien untereinander durch das Abkommen vom 4. bis 9. 6. 45

(Fortsetzung siehe Seite 2)

In dieser Nummer:

- Japans Wirtschaftskapazität
- Treuhänder in kontrollierten Betrieben
- Kohlensorgen der Ostzone
- Deutschlands Düngemittelprodukt
- Wirtschaftsrat vor neuen Aufgaben
- Sorgen um die Braunkohle
- Großhandelsindex — Lebenshaltungskosten

Mutloses Industrie-Gebiet

Kaum hatten wir die rückschauende Betrachtung unseres Leitartikels „Ein friedloses Jahr“ (Nr. 43 vom 23. Dez. 47) mit der Feststellung abgeschlossen, daß wir vermagt und wenig zu vermelden, da dem neuen Jahr entgegenblicken, da erhalten wir von unserem Korrespondenten in Essen eine Darstellung des Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu Beginn des neuen Jahres, die unsere Mutmaßung leider in weitestem Maße bestätigt.

Weihnachtstage, freudenarm wie nie zuvor und kaum wert, ein Fest genannt zu werden, liegen hinter uns, und ein Jahreswechsel, sorgenvoll, wie wir uns keines entsinnen können, hat sich vollzogen, und während man es in normalen Zeiten einigermaßen schwer fand, nach den Feiertagen wieder in den grauen Alltag zurückzufinden, war davon diesmal keine Rede. Weihnachten 1947 und Neujahr 1948 unterschieden sich in nichts von der Erbärmlichkeit ihrer Vorgänger. Es sei denn, daß sie uns gewahr werden ließen, daß nicht nur ein friedloses, sondern auch ein freudloses Jahr abgelaufen ist. Darüber hinaus aber zeigen es die ersten Tage im Januar, daß die schicksalvollen zwölf Glockenschläge aus den wenigen verbliebenen Kirchtürmen an Rhein und Ruhr ein weiteres Jahr eingeläutet haben, dessen Weg durch ein tiefes Tal führen dürfte.

Der Zusammenbruch der Versorgung mit Lebensmitteln und den notwendigen Gütern des täglichen Bedarfs, der seinen sinnfälligen und erschreckendsten Ausdruck in dem Entzug der Fettzuteilungen während mehrerer Wochen

Aus der vom Wirtschaftsrevue-Verlag vorbereiteten Zusammenstellung über die Weltwirtschaft in Bild und Zahl bringen wir einen Auszug über die deutsche Wirtschaft.

hatte, setzt sich im neuen Jahr weiter fort. Im Lande Nordrhein-Westfalen hat sich bereits herumgesprochen, was in der nächsten Zeit nicht aufgeteilt und was, sollte es aufgeteilt werden, nicht geliefert werden kann. Statt eines Ausgleichs für die Minderlieferung mit Einkeller-Kartoffeln, von denen selbst viele Bergleute nicht einmal den zugeordneten halben Zentner erhalten haben, muß der Magen, selbst in den Gebieten, in denen die höchste industrielle Leistung erwartet wird, weitere Abstriche hinnehmen. Wie ernst die Lage ist, mag die Tatsache zeigen, daß der Ernährungsminister seinen Rücktritt angeboten hat. Nicht minder katastrophal ist die Versorgung mit Bedarfsstoffen, und sie ist auch nicht weniger lebensbedrohend wie der Ernährungsnotstand, es sei nur auf den Mangel an Textilien und Schuhwerk verwiesen, wodurch zahllose Arbeiter ohne Unterzug, ohne Strümpfe und ohne ausreichende Schuhe bei Wind und Wetter zu arbeiten gezwungen sind. Das neue Jahr hat darin keinen Wandel gebracht, und auch die Nicht-einhaltung von Versprechungen geht unbekümmert weiter. Als Ernährungsausgleich gegenüber den vor allem mit Kartoffeln besser versorgten Gebieten waren einige wenige Zuteilungen versprochen worden; aber sie wurden wieder zurückgezogen, und selbst die Zuteilung von 500 Gramm Zucker, deren Zurückziehung das oben erwähnte Demissionsgesuch des Ernährungsministers ins Rollen brachte, ist auch im neuen Jahr trotz anfänglicher Zusage nicht genehmigt worden. Am

Reichsbahn im Ruhrgebiet

Große Aufbauleistungen — Vor neuen Anforderungen

Die Eisenbahnkatastrophe bei Neuwied kurz vor Weihnachten hat im besonderen Maße die Aufmerksamkeit auf den Stand des Wiederaufbaus des Reichsbahnverkehrs und auf die ihn bestimmenden Faktoren sowie auf die Frage der Betriebssicherheit gelenkt.

Es soll hier nicht dem Ergebnis der Untersuchung vorgegriffen und auch nicht erörtert werden, inwieweit heute schon wieder die Erlange der Verkehrssicherheit in früher gewährten Sinne gewährleistet und welche Möglichkeiten des Katastrophendiebstahls gegeben sind. Mauderlei Beobachtungen der an dem Unglück Beteiligten deuten darauf hin, daß in mehrerer Hinsicht noch Wünsche bezüglich der ersten Hilfe offen sind, von einfachen Einsparungen, wie Fackeln, Sägen, Äxten, als Zugrohr angefangen, bis zu den Rettungsgeräten und ihrer Ausstattung nicht zuletzt mit medizinischen Einrichtungen. Bemerkenswert ist es auch, daß im Falle der erwähnten Unglücks das Verhältnis gerade an einer Stelle eintrat, an der Wiederherstellungsarbeiten im Gange waren und der Verkehr einseitig durchgeführt werden mußte, was im Anschluß an das Unglück zu ausgeprägten Verkehrsstörungen führte.

Gerade in diesen Tagen um hatten wir bei einer von der Reichsbahndirektion Essen für die Vertreter der Presse veranstalteten Städterundfahrt Gelegenheit, um über alle wesentlichen Verkehrsfragen der Reichsbahn zu unterrichten. Wenn wir zusammenfassen, was Reichsbahndirektionspräsident Herrmann bei den Besichtigungen ausführte, so ist mit Bewunderung festzustellen, welche unerhörte Leistung die Reichsbahn im Wiederaufbau vollbracht hat. Und man muß mit Recht erstaunt sein, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein ordnungsmäßiger Güter- und Personenverkehr aus einem vollständigem Chaos wiederhergestellt werden konnte. Alle Arbeit aber war von dem Grundgesetz diktiert, ein höchstes Maß an Betriebssicherheit zu gewährleisten.

Im wesentlichen sind Tempo und Ausmaß des Wiederaufbaus abhängig von den finanziellen Mitteln, dem Material und den verfügbaren Arbeitskräften. Während die beiden ersten Voraussetzungen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten, ist das Arbeitskräfteproblem unter den heutigen Umständen nicht zu lösen. Die Reichsbahn ist genötigt, ihre Bauarbeiten durch Unterzähler ausführen zu lassen und ist nicht befähigt, bei Bauhilfsarbeitern über den Stundenlohn von 0,70 RM. hinauszugehen und kann als Behörde diesen Arbeitern keine sonstigen Zuwendungen verschaffen. Entsprechende Bemühungen sind abschlägig beschieden worden. Trotz all dieser Schwierigkeiten wurde in der Zeit nach dem Zusammenbruch ein gewaltiges Bauprogramm durchgeführt. Auch für 1948 ist ein etatisches Programm vorgesehen, in das alle Bezirke der Reichsbahnhauptverwaltung Bielefeld anteilmäßig eingeschlossen sind. Es versteht sich, daß das Bauprogramm der Reichsbahndirektion Essen, die das wichtige Ruhrrevier umfaßt, und mit deren Leistung der Abtransport der Kohle steht und fällt, besondere Aufmerksamkeit bedarf ist.

Danach sind allein im allgemeinen Bauwesen, also ohne Oberbau und Brückenbau, 600 Einzelbauvorhaben je über 2000 RM. und 2200 Einzelbauvorhaben je unter 2000 RM. vorgesehen. Im ganzen besteht das Bauprogramm der Reichsbahndirektion Essen aus folgenden Teilen:

Oberbau	24,3 Mill. RM.
Brücken	1,5 Mill. RM.
sonstige Bauten	1,2 Mill. RM.

Bei den sonstigen Bauten sind beteiligt: Löschgruppen u. Werkstätten mit 42%, Betriebs- u. Verkehrsanlagen mit 37%, Wohnungen mit 17%, Verschiedenes mit 4%.

Man sieht, der Oberbau verschlingt die größte Bausumme, erheblich sind aber auch die Aufwendungen für Schwadwagen, die hier nicht angegeben sind, da sie zentral gesteuert werden. All diese riesigen Anstrengungen kommen jedoch nicht so sinnfölig zum Ausdruck, wie es die Um- oder Neugestaltung der Bahnhöfe tun würde. Wenn auch hierfür vergleichsweise wenig Mittel erforderlich sind, so besteht in absehbarer Zeit für die Verwirklichung der freilich schon ausgearbeiteten Entwürfe keine Aussicht. Die erstaunlichen Aufbauleistungen waren nur zu erreichen dank der Hingabe aller im Dienste der Reichsbahn stehenden Männer und Frauen. Reichsbahndirektionspräsident Herrmann erklärte, daß die Arbeitsleistung des Eisenbahners bis auf 4% auf der gleichen Höhe wie früher gestanden habe, zumindest bis zum Zusammenbruch der Fettversorgung in den letzten Wochen, und das ist doch ein so mehr anzuerkennen, als die meisten von ihnen unter äußerst erschwerenden Verhältnissen zu arbeiten gezwungen sind. Insbesondere gibt es viele Männer, namentlich unter den Ostflüchtlingen, die bei Wind und Wetter ohne Unterkleidung, ohne Strümpfe und ohne einigemaligen brauchbaren Schuhwerk ihre schwere Arbeit verrichten.

Die Transportanforderungen werden weiter steigen; denn mit wachsender Förderleistung wird das Kohlenproblem mehr und mehr ein Transportproblem, und in dieser Hinsicht setzen die Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung und die UK/US-Kontroll-Gruppe auf die Reichsbahn, vor allem in die Reichsbahndirektion Essen, ihre ganze Hoffnung.

Die Kohlenverteilung in der Doppeltzone

Nach dem Kohlenverteilungsplan der Verwaltung für Wirtschaft erhält die britisch-amerikanische Zone im Januar und Februar je 4,25 Mill. t Kohle gegen 4,97 Mill. t im Dezember. Davon sind für die Hausbrandversorgung 400 000 t, für Ernährung und Landwirtschaft 290 000 Tonnen und für die Elektrizitätswerke 490 000 t, für die Gas- und Wasserwerke 216 000 t, für das Bergarbeiterpunktsystem 18 000 t, für das Exportprogramm 20 000 t, für das Bergarbeiter-Wohnungsprogramm 18 000 t und für die Grubenholzungsmaschinen 10 000 t vorgesehen. Die Elektrizitätswerke können außerdem je Monat 125 000 t und die Gaswerke je Monat 30 000 t Kohle aus den Vorräten entnehmen.

Neue Besatzungs-Währung der Briten-Zone

Berlin. Am 5. Januar, um Mitternacht, wurde in der britischen Zone Deutschlands, Österreichs und in Triest das bisherige Besatzungsgeld schlagartig für ungültig erklärt. Diese Maßnahme ist gegen den schwarzen Markt gerichtet, auf dem für 1 Lit Besatzungsgeld 400—500 RM gezahlt wurden, obwohl der Besitz dieser Gutschein den Deutschen streng verboten war. In Deutschland allein sollen sich Besatzungsbanknoten im Werte von mehreren Millionen Pfund in den Händen von Schwarzhandlern befinden. Rechtmäßige Besitzer der alten Besatzungsbanknoten können diese bis zum 20. Januar gegen neue Noten einlösen.

Stillelegungsgefahr durch Grubenholzmangel

Düsseldorf. Die seit Jahren latente Gefahr des Grubenholzmangels im Steinkohlenbergbau der britischen Zone ist nun in ein akutes Stadium getreten; denn wie amlich mitgeteilt wird, ist im Ruhrkohlenbergbau nur noch für zwei Wochen Grubenholz für Stempel auf Lager. Die Stillelegung von Schachtanlagen stehe nun vor der Tür. Es handelt sich nun darum, daß schnellstens eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften zum Schlagen von Grubenholz in die Wälder entsandt und daß die großen Mengen schon geerntetes Holz aus den Wäldern auf die Straßen gedrückt wird.

Keine Volldemontage der Aluminium-Singen

Hg. Baden-Baden. Wie uns die Direktoren der Aluminiumwerke Suppen GmbH mitteilen, werden die Werkanlagen der Gesellschaft nur zu einem kleinen Teil von den Demontageplänen berührt werden. Es besteht noch die Absicht, das Presswerk ganz oder teilweise abzubauen. Alle

übrigen Abteilungen, vor allem das Blech-, Band- und Folienwerk werden von der Demontage nicht betroffen werden.

Auflösung der Saargruben AG.

Hg. Baden-Baden. Durch Verordnung Nr. 140 hat General Koenig die Zwangsverwaltung der Saargruben AG zu Ende Dezember 1947 für beendet erklärt. Die Saargruben werden von diesem Zeitpunkt ab durch die Regie des Mines de la Sarre übernommen. Mit Ausnahme des Kassenbestands und der Bankkonten, sowie der Forderungen aus gelieferten Erzeugnissen gehen alle Vermögenswerte sowie Recht an Sachen und Forderungen an die Regie über. Für die Gesellschaft Saargruben AG ist ein Liquidator bestellt worden, dem ein beratender Ausschuss zur Seite steht, der sich aus dem Wirtschaftsprüfer, dem Finanzberater und dem Rechtsberater der Militärregierung des Saarlandes, sowie dem Finanzkontrolleur der ehemaligen Zwangsverwaltung der Saargruben AG zusammensetzt.

Hg. Baden-Baden. Durch Verfügung des Administrateurs Général sind die folgenden Gesellschaften, deren Hauptzweck darin besteht, zum Kriegspotential Deutschlands beizutragen, aufgelöst worden: Luftschiffbau Zepplin GmbH, Friedrichshafen; Mauser-Werke AG, Oberndorf a. N.; Oscar Fischer, Markdorf.

Kein argentinisches Fleisch für England

Buenos Aires. Nach einer Benachrichtigung hat die argentinische Regierung die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für Fleisch und andere Geflügelprodukte nach England eingestellt.

bezeichnendsten aber ist es, daß selbst das Care-Paket, das den Bergleuten im Zuge der letzten Fördersteigerung zu Weihnachten versprochen worden war, nicht voll hat ausgeliefert werden können. Wo man hinhört in den Ernährungsämtern und Wirtschaftsämtern, nichts als Versprechungen und Verträge und die entmutigenden Hinweise, es würde in diesem Jahr „noch schlimmer“. Als Folge des neuen Versorgungsförderungs sind kurz vor Jahresablauf Leistungsrückgänge zu verzeichnen gewesen, deren Kurve im neuen Jahr weiter geht. So bedenklich sie auch in den einzelnen Industriezweigen oder auch bei den Verkehrsmitteln sein mögen, so geben sie im Bergbau zu größten Besorgnissen Anlaß, denn sie haben den kräftigen Impuls, der von der letzten Förderwelt ausging, wieder zunichte gemacht. So liegt heute die Tagesleistung um rund 20 000 Tonnen niedriger als im November. Um gerecht zu sein, so ist darauf zu verweisen, daß der November immer schon der Monat mit der höchsten Förderleistung war, weil danach das Weihnachtsgeld bemessen wurde, daß weiter um den Jahreswechsel die Förderung immer absank, was diesmal um so mehr eintrat, da viele neue Bergleute einen verlängerten Feiertagsurlaub eingelöst hatten, um ihre auswärtigen Familien zu besuchen, und schließlich, daß die Bergleute nach Ablauf der zweiten Care-Paketaktion gewisse Vorrichtungen arbeiten nachholen, die bei der Anstrengung um das Anrecht auf das Care-Paket vernachlässigt worden waren. Es steht aber fest, daß die Bergleute und alle Schaffenden an Rhein und Ruhr infolge der Versorgungsengpässe in schlechter Stimmung in das neue Jahr eingetreten sind. Auf diese Verschlechterung der Stimmung unter den Belegschaften der Zechen wies Mr. Collins erstmalig in der letzten Pressekonferenz auf Villa Hügel hin. Das wird keineswegs besänftigen, wenn z. B. Außenminister Bevin erklärt, die Kalorienzahl für die Deutschen müsse unbedingt über 1500 hinaus erhöht werden. Nicht minder entmutigend und der Leistung abträglich wirkt es, wenn der Präsidentschaftskandidat Taft in USA in diesen Tagen eine Kürzung der Europahilfe und die Begrenzung auf ein Jahr forderte und hinzufügte, er könne sich gar nicht vorstellen, daß Europa unfähig sei, sich selbst zu helfen. Wenn man sich auch vernünftigerweise sagen darf, daß Mr. Taft die verheerenden Kriegsschäden in Europa ebenso wenig kennt wie die lähmenden Wirkungen der Zonenaufteilung in Deutschland oder gar den Nahrungsausfall durch Abtrennung der Kornkammer im Osten, so wirken seine Ausführungen doch als Ausdruck des Isolationismus auf den einfachen Mann hemmend und störend.

Der Leistungsrückgang, vor allem im Bergbau, bedeutet erneute Hoffnungslosigkeit innerhalb der westdeutschen Industrie nach ermutigenden Ausblicken im November. So bricht wiederum die Hoffnung auf erhöhte Kohlenzuteilungen, auf weniger Stromabschaltungen und auf bessere Gaslieferungen zusammen. Dabei gehen in vielen Betrieben die letzten Rohstoffe oder Halbfabrikate und die notwendigen Betriebsmittel auf den Rest. Werkleitung und Belegschaften haben mutlos und ratlos den Schritt ins neue Jahr getan, und sie sind um so verzweifelter, als eine Menge Angebote ausländischer Firmen vorliegt, die an deutsche Firmen mit Jahre langem Ziel liefern wollen, seien es Rohstoffe, Fertigwaren aller Art oder Lebensmittel. Man wagt nicht daran zu glauben, daß die Genehmigung im neuen Jahr erteilt wird, Geschäftsbefreiungen wieder auflösen zu lassen, die auf der Grundlage des in Vorkriegszeiten erprobten wechselseitigen Vertrauens ausländischer und deutscher Unternehmer und Kaufleute zweifellos möglich sind und eine äußerst wertvolle Hilfe darstellen würden. Diese Fragen werden auch in weiteren Kreisen diskutiert, vor allem insofern, als es sich um Lebensmittellieferungen, z. B. Gemüseversorgung, handelt.

Nicht die geringste Sorge, die die Werktätigen an Rhein und Ruhr mit ins neue Jahr hinüber genommen haben, ist die der Währungsreform, was zu verstehen ist, weil viele Leute um ihre letzten Spargroschen bangen, die sie durch harte Arbeit erworben haben. Gerade unter den Bergmännern ist diese Angelegenheit Gegenstand größter Besorgnis. Man muß wissen, daß viele von ihnen, die einen Teil des Erlöses ihrer Vergünstigungen zu Geld gemacht und zum ersten Male in ihrem Leben einige tausend Mark auf der Sparkasse oder im Strumpf liegen haben, der Ansicht sind, daß die Währungsreform ihnen das sauer verdiente Geld wieder abnimmt. Sie fürchten, daß die Währungsreform auf Kosten der breiten Masse ausgetragen, aber den Reichen in jedem Falle so viel verbleiben wird, daß sie gut davonkommen. Vor allem besteht hier die Befürchtung, daß die Währungsreform verwirklicht wird, bevor die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen sind.

Abschließend könnte man sagen, es sei zu begrüßen, daß trotz des unerhörten Ernährungsnotstandes keinerlei Unruhen herrschen, aber in Wahrheit ist diese Ruhe, mit der die Menschen

„Deutsches Eigentum“ in Österreich

(Fortsetzung von Seite 1)

gebunden. Dazu besteht das Abkommen zwischen den vier Mächten und Österreich vom 23. Juni 1946. Es sei nicht einzusehen, wie diese Abkommen, ohne durch ein neues ersetzt zu werden, gelöst werden sollten. Wenn die jetzigen Verhandlungen zu nichts führen sollten, bliebe die Lage so wie bisher.

Auf die Behauptung einer Zeitungsartikels, daß die französische Besatzungselemente sei bestochen worden, um den Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten, erklärte General Chézière: Die französische Regierung und das französische Element in Wien hätten offiziell dagegen Stellung genommen. Er glaube in den zwei Jahren, die er in Wien sei, sei seine Unabhängigkeit so offenkundig geworden, daß er sich über solche Vermutungen nicht zu äußern brauche.

Bei der Behandlung der Österreich-Frage wurde unstrittig auf der Londoner Konferenz das Problem Österreich vom deutschen Fragenkomplex losgelöst. Daß gerade Frankreich einen Vermittlungsvorschlag entwirft hat, ist für Österreich deshalb von Bedeutung, weil Frankreich durch seine materielle Uninteressiertheit an der Petroleumfrage, Versorgungsfragen usw. am besten in der Lage ist, Vorschläge zu machen, die zu einer Einigung führen könnten.

Was bedeuten die Betriebe für Österreich? Für die Verwaltung der „Sowjet-Betriebe“ (wie man die so besprochenen Unternehmen des ehemaligen deutschen Eigentums nennt), wurde ein eigener Wirtschaftskörper geschaffen, die USA-Uprawlende Sowjetskowsko-Innudscheskwa w Awastri (Verwaltung des Sowjetischen Vermögens in Österreich) mit dem Sitz in Wien IV, Starbemberggasse 11. Jedem dieser Betriebe wird eine Art Staat im Staat, wenn auch der Grad ihrer exterritorialen Art von Wirtschaftsmethoden unterschiedlich ist. Auch die Bedeutung der einzelnen Unternehmen für die österreichische Gesamtwirtschaft ist sehr verschieden.

In der Erdölförderung — die ausnahmsweise nicht der USA, sondern einer eigenen Gesellschaft OROP untersteht — veraltet die Sowjetmacht die bisherige Gesamtförderung und -Industrie. Der zweitwichtigste Fall ist die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft. Im Stahl- und Maschinenbau sind die USA-Betriebe etwa 20 % der österreichischen Gesamtkapazität auf dem Gebiete, darunter eine Reihe von Engpaßbetrieben für den Wiederaufbau (z. B. Turbinen). In der Eisen- und Metallindustrie sind nur einige Unternehmen (Tempergüß) von wesentlicher Bedeutung, für andere sind Ausweidungsmöglichkeiten auch in westlichen oder stillstehenden Bundesländern geschaffen oder im Entstehen. Hingegen sind 80 % der österreichischen Elektroindustrie (auf Teilgebieten bis 100 % in USA-Betrieben; auch einige wichtigste Spezialbetriebe der chemischen Industrie (die im allgemeinen in Österreich wenig bedeutend ist) sind in Sowjetverwaltung. Nahezu die gesamte (allerdings nicht große) Steinkohlenförderung, ein wesentlicher Anteil an der Feinblechherstellung, die gesamte Tafelglasproduktion, gehören zur USA. In der Textilindustrie sind sehr wichtige Betriebe in der sowjetischen Einfluszone, darunter die gesamte Erzeugung von Kunstseiden (St. Pöltners Glasstoff).

Da es sich sehr lange Liste der Unternehmen in USA-Verwaltung enthält natürlich auch eine Reihe solcher, die durch Demontierungen zu leeren Hüllen geworden sind (z. B. das Rax-Werk). Der Wiederbeschaffungswert der seit 1945 verloren gegangenen Maschinen wird insgesamt auf etwa eine Milliarde Dollar geschätzt.

kräftiger, als auch geeignete Interessenten zu finden, bedenkt man, daß, falls die Auflösung zu starke Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Leben Japans haben, dem USA-Steuerzahler erhöhte Lasten zufallen. Eine logische Folge des Abbaus der Industriekonzerne wird sein, daß ein Ausgleich auf dem Gebiete der leichten Industrie gesucht werden wird.

Der Komplex dieser und anderer Umstände übt auf eine Wirtschaftsplannung einen nachhaltigen Einfluß aus, der sich in einer lethargischen Haltung des Japans seit dem Tage des Waffenstillstandes widerspiegelt. In diesem Stadium sind Beschlüsse über Reparationslieferungen und Demontagen gefaßt worden, worunter als eine der ersten Lieferungen der Versand von 20 000 Maschinen und 17 abgebauten Industriewerken nach China, England, Holland und den Philippinen vorgesehen ist.

Dem Wiederaufbau des japanischen Außenhandels sind Mitte August 1947 wieder die Wege eröffnet worden, der in der Wiedereröffnung von Zweigstellen ausländischer Banken und Schiffahrtsgesellschaften seinen ersten Niederschlag gefunden hat. Erschwerend wirkt sich das Fehlen eines amtlichen Kurses des Yen zum USA-Dollar aus, welcher bei Abschließen Bewertungen zwischen 40 und 900 Yen erfahren hat. Geschäfte haben sich mit Skandinavien auf Lieferungen von Zellstoff für die japanische Kunstseiden- und Papierindustrie angebahnt, Indien und insbesondere Amerika treten als Baumwolllieferanten im Austausch gegen japanische baumwollene Fertigwaren auf. Japanische kunstgewerbliche Erzeugnisse haben Eingang in USA gefunden, während indirekte Beziehungen zu Deutschland durch die Lieferung von einigen tausend Tonnen Walfett für die Doppelsonne aufgenommen worden sind.

Schwierigkeiten begegnet die Frage der Kontrolle des Schwarzen Marktes, der Bemühungen einer wirtschaftlichen Gesundung entgegensteht. Jene Entwicklung wird dem Umstand zugeschrieben, daß davon Abstand genommen worden ist, zusammen mit der Kontrolle der Preise auch eine einheitliche Kontrolle der Gehälter durchzuführen. Zwar hat man die Gehälter der Besetzten und staatlichen Angestellten im Juli 1947 in Höhe einer 1800 Yen-Grenze im Sinne eines Gehaltsstopps angeht, wodurch im Grunde genommen die seit Kriegsende um rund das Dreifache angestiegenen Gehälter eine Anerkennung gefunden haben. Seitdem jedoch sind die nicht kontrollierten Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter um nahezu 50 % gestiegen. Als Folge davon haben Arbeitgeber, die einerseits zu festen Preisen gebunden sind und andererseits erhöhte Produktionskosten in Rechnung zu stellen haben, eine entsprechende Lösung durch Absatz rationierter Erzeugnisse auf dem Schwarzen Markt gesucht. Durch den Abzug jener rationierter Aktiven, für die kein Ersatz beschafft werden kann, ist ein Mangel an Waren für den regulären Markt, insbesondere an täglichen Bedarfsartikeln, aufgetreten.

London. Ein Sonderausschuß der internationalen Handelskammer hat jetzt ein Gutachten den interessierten Regierungen zugewendet, das sich mit dem Deutschlandproblem befaßt. Dem Ausschuß gehören hervorragende Wirtschaftssachverständige aus England, den USA, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden und der Schweiz an.

Über den Inhalt dieses Gutachtens ist noch nicht viel an die Öffentlichkeit gedrungen. Was bisher zu hören war, muß uns Deutsche sehr befriedigen. So wird unter anderem der rasche Abbau der staatlichen Kontrolle und die Wiederherstellung eines freien Wirtschaftssystems in diesem Gutachten verlangt. In einem allerdings glauben wir, daß das Gutachten zurecht gefaßt wurde: Die Verfasser des Gutachtens sprachen sich für die Reprivatisierung der deutschen Schwerindustrie aus, jedoch mit der Einschränkung, daß diese weitgehend an eine lenkende Kontrolle gebunden sein müsse, und daß Aktien und Verwaltung in den Händen der Alliierten bleiben, weil dies im Interesse der Sicherheit geboten sei. 1. hat diese Forderung einen theoretischen Fehler; denn wenn die Aktien in Händen der Alliierten sind, können sie nicht in der Hand von deutschen Privatleuten sein, und nur wenn die Aktien in privaten Händen sind, spricht man von einer Privatfirma. 2. wird es uns Deutschen schon darum nicht sympathisch sein, die Aktien der deutschen Schwerindustrie wieder in privaten Händen zu wissen, weil wir jeden Verdacht vermeiden wollen und müssen.

Eine weitere Empfehlung des Gutachtens registrieren wir, aber ein Urteil darüber stellt uns nicht zu. Das Gutachten wünscht nämlich, daß die Alliierten sich mit einer rein beaufsichtigenden Rolle im deutschen Wirtschaftsleben begnügen, ihren Stab quantitativ reduzieren und qualitativ verbessern.

Weiter heißt es in dem Gutachten, Deutschlands Import soll sich nach seinem Export richten. Dieser Grundsatz ist in den ersten Jahren unseres Wiederaufbaus sicherlich nicht durchzuführen. Es sei denn, daß wir eine große Verlagerung unseres Wirtschaftspotentials in Kauf nehmen, oder daß auf dem Anleihewege zusätzlich Importe ermöglicht werden. Eine in diesem Zusammenhang erhobene Forderung des Gutachtens, die Zuständigkeit für Export und Import deutschen Stellen zu übertragen, können wir nur mit Freuden begrüßen, allerdings wären dann auch die Bindungen zu lockern, die den deutschen Wirtschaftsbehörden immer noch auferlegt sind.

IHK-Deutschland

Das Landesarbeitsamt Baden schreibt uns:

Wie bereits bekanntgegeben wurde, hat der Mangel an elektrischem Strom dazu geführt, daß die Betriebe gezwungen sind, abwechselnd eine Woche in jedem Monat zu schließen. Außerdem müssen alle Betriebe über die bevorstehenden Weihnachtstage bis nach Neujahr stilllegen. Diese Maßnahmen sind jedoch nur insoweit durchzuführen, als die Betriebe darauf angewiesen wären, während des Tages fremden elektrischen Strom zu beziehen.

Wird kein fremder Strom in Anspruch genommen, so kann weitergearbeitet werden. Die Betriebe wären also u. U. in der Lage, Reparatur- oder Überholungsarbeiten durchzuführen. Ebenso können die Betriebe, wie dies in anderen Gebieten schon in erheblichem Umfang geschehen ist, während der Sperrtage Nachtarbeit einführen. Die Gewährung einer zusätzlichen Koste in der Nacht wäre allerdings erwünscht oder sogar Voraussetzung. Sollten sich diese Ausweichmaßnahmen nicht ermöglichen lassen, würden sich die Arbeitsämter bemühen, während der Zeit des Stilllegens den hiervon betroffenen Arbeitskräften andere Arbeit zu vermitteln.

Es auch dies nicht möglich, so werden die Arbeitsämter „Kurzarbeiterunterstützung“ gewähren. Nach den z. Zt. geltenden Bestimmungen würden dem ledigen Arbeiter 50 % des Unterschiedsbetrages zwischen dem Kurzlöhne und dem Lohn vergütet, den er in der betriebsüblichen Zeit, höchstens aber in 40 Arbeitsstunden erzielt hätte. Für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen des Kurzarbeiters wird dieser Betrag um 10 % erhöht. Kurzlöhne und Kurzarbeiterunterstützung dürfen jedoch den Verdienst nicht überschreiten, den der Kurzarbeiter in seiner vollen Arbeitszeit oder in 40 Wochenstunden erzielt hätte.

Das Landesarbeitsamt Baden hat inzwischen eine Neuregelung der Kurzarbeiterunterstützung vorgeschlagen. Die in ihr vorgesehene höhere Unterstützungssätze können jedoch erst gewährt werden, wenn der vorgelegte Entwurf genehmigt ist.

Kurzarbeiterunterstützung

Washington. Feste und flüssige Brennstoffe sind z. Zt. in den USA so knapp, daß den Amerikanern nahegelegt wurde, ihren Verbrauch einzuschränken. Die Standard Oil Co hat ihre 3000 Tankstellen nur noch mit 85 % der Menge des Vormonats beliefert.

Diese Meldung mag in Deutschland einiges Staunen hervorrufen, weil wir doch der Meinung sind, daß die USA sehr viel Petroleum haben, so viel, daß sie davon exportieren und daß sie auf der Wege des Oils ...

Wie kam es nun zu dieser Verknappung? Die Antwort auf diese Frage ist leicht: Der Bedarf ist gewaltig gestiegen. Der augenblickliche Ölverbrauch ist größer als selbst in der Kriegszeit, da der Bedarf der USA-Armee und der anderen Armeen, die mit USA-Benzin versehen wurden, doch sehr beträchtlich war. Heute werden täglich 5,2 Mill. Gall. Rohöl raffiniert gegen 4,7 Mill. Gall. als Höchstleistung im Kriege. Dieser ungeheure Bedarf ist nur zu verstehen, wenn man weiß, daß z. B. in den ersten 10 Monaten des Jahres 1947 fast 600 000 Ölheizungen neu installiert wurden.

Das hat dazu geführt, daß der Export im Verhältnis zum Inlandsverbrauch unwesentlich ist. Die Menge an Öl, die in den nächsten vier Monaten nach Frankreich und Italien geschickt werden soll, ist nur halb so groß wie der tägliche Inlandsverbrauch der USA. So hat sich im Jahre 1947 zum ersten Male seit 22 Jahren ergeben, daß die USA eine negative Öl-Handelsbilanz haben: Sie führten mehr Öl ein als aus.

Es wundert uns darum nicht, daß jetzt um die Jahreswende von einer Ölrationierung in den USA gesprochen wird. Das Land, das in der Weltpetroleumproduktion im großen Abstand als erstes rangiert, muß Petroleum rationieren!

Knappes USA - Benzin

Washington. Im Oktober 1947 betrug die USA-Ausfuhr 1225,7 Mill. Dollar gegen 1114,5 Mill. im September. Die

USA-Export steigt wieder

Washington. Im Oktober 1947 betrug die USA-Ausfuhr 1225,7 Mill. Dollar gegen 1114,5 Mill. im September. Die

Japans Wirtschaftskapazität

Außenhandel beginnt wieder — Konzernentflechtung

Das Jahr 1947 hat auch Japan nicht den Friedensschluß gebracht, der nicht nur für die Erholung der japanischen Wirtschaft selbst und der fernöstlichen im allgemeinen, sondern auch für die Besserung der gesamten Weltwirtschaftslage eine zwingende Forderung ist.

Unter den von den vier Großmächten — ohne Frankreich — angelegten Vorschlägen für die Abhaltung einer Konferenz zwecks Vorbereitung des Friedensschlusses scheint der Kompromißvorschlag Chinas für eine im Januar auf chinesischem Boden einmündende Friedenskonferenz einen „modus vivendi“ für die Aufnahme der Verhandlungen am nächsten zu kommen. Demzufolge würden die elf im Fernost-Komitee vereinten Nationen zusammenzutreten und zu fälligen Entscheidungen über den ungelösten Zustand der vier Großmächte bedürfen. In dieser Form bleibt das Votum, welches in dem genannten Komitee sonst unbekannt ist, da Beschlüsse nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit gefaßt werden können, einer jeden Großmacht indirekt erhalten.

Der von Edwin Wendell Pauley, dem Sonderbeauftragten für Reparationsfragen des Präsidenten Harry S. Truman, ausgearbeitete Plan, nach welchem die zukünftige Wirtschaftskapazität Japans auf das Durchschnittsniveau der Jahre 1930 — 1934 zurückzuführen ist, liegt der Fernostkommission in Washington unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Selbsthaltung Japans vor. In diesem Zusammenhang hat man sich jedoch chinesischerseits daran erinnert, daß sich die japanische Produktion in den Jahren 1931 — 1937 um das Dreifache erhöht hat, — in die Zeit also fällt, während welcher sich der Mankto-Verfall (1932) — Vorläufer der Besetzung der Mandschurei — und der Zusammenstoß von Lu Koudschiao (Marco Polo Brücke) bei Peking (1937) — Ausbruch der sino-japanischen Feindseligkeiten — abgespielt haben. Mit dem darin zum Ausdruck kommenden Wunsch nach Sicherheit, scheint China auch Überlegungen angestellt zu haben, inwieweit u. a. in Japan die innere Überzeugung heranzuführen, an geeigneter Zeit aus eigener Initiative auf dem Wege der Demokratisierung fortzuschreiten, und welche Lösung für die demographische Frage der Überbevölkerung des japanischen Kontinents bei Begrenzung der Auswanderungsmöglichkeit nach dem Westen gefunden wird. Nach neuesten amtlichen

Zählungen hat die Bevölkerung Japans im August 1947 mit über 78 Millionen Seelen den höchsten Stand in der Geschichte des Landes erreicht. Gegenüber dem Jahre 1945 ist sie um rund 6 Millionen, worunter rund 4,5 Millionen Repatriierte und 1,5 Millionen durch Geburtenüberschuß gezählt worden sind, angewachsen.

Ausgehend von der Politik, die zukünftige wirtschaftliche Betätigung Japans in einem angemessenen Rahmen zu halten, ist die Auflösung von Industriekonzernen in Angriff genommen worden. Hierzu hat man in USA, selbst die Frage zur Diskussion gestellt, in welchem Ausmaß jene Maßnahmen die japanische Wirtschaft rückläufig beeinflussen. Abgesehen davon, daß Schwierigkeiten aufgetreten sind, für die Uebernahme der Aktien von Industriekonzernen — wie z. B. der ehemals politisch einflussreichen Zaibatsu Gruppe — sowohl kleinere kapital-

Verlag: WIRTSCHAFTSREVUE VERLAG GmbH, Konstanz; Redaktion: Chefredakteur OSKAR KRAEMER; Stellvertreter: Dr. H. F. GELLER (Baden-Baden); Bankkonto: 1193 Deutsche Bank, Konstanz. Zuständiges Postamt für den Postvertrieb: franz. Zone Konstanz; amtlich. Zone Erlangen/B. Druck: Oberbad. Verlagsgesellschaft Merz & Co. KG, Konstanz. Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beilage von Rückporto verpflichtet nicht zur Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. — R. Zt. gilt. Anz.-Preisliste 111 Z.

WIR GREIFEN AUF:

Illegal — lloyal

Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat einen Plan über die Freigabe von bewirtschafteten Gütern für Kompensationsgeschäfte ausgearbeitet. Danach dürfen die zuständigen Wirtschaftsämter auf Antrag bewirtschaftete Güter solchen Firmen zur Kompensation freigeben, bei denen die Wirtschaftlichkeit der Verwendung von Rohstoffen gewährleistet ist. Diese Kompensationsgeschäfte sollen nur in beschränktem Umfang zugelassen sein. Der Plan verbietet Kompensationen mit Lebensmitteln, Roh- und Hilfsstoffen. Der von der Militärregierung noch nicht genehmigte Plan scheint seltsam, denn er bedeutet schließlich nichts Anderes, als die Legalisierung illegalen Handels. Die Wirtschaft hat also erreicht, daß man in den Behörden nicht mehr Vogel Strauß spielt. Man hat dem Amtschimmel klar gemacht, daß auch schwarze Käufer Hafer Hafer ist und daß im Kompensationswege erworbenes Stroh Stroh ist. So werden vielleicht auch einmal die Finanzämter einsehen, daß die Schwarzmarktpreise eine Realität sind und in den Kosten der Betriebe nicht unerhebliche Bedeutung haben. Gerade wenn die Wirtschaftsmänner nunmehr Einsicht in die Kompensationen bekommen, werden sie besser als bisher die knappen Güter steuern können. Im übrigen geht diese Absicht in Bayern parallel mit der Äußerung eines höheren britischen Offiziers über den Kompensationshandel, die besagt, daß nach Meinung der Militärregierung der Kompensationshandel allmählich zu weit gebe, und es sei für die deutschen Behörden die Zeit gekommen, diesem Geschäftsbereich eine Grenze zu ziehen. Der Offizier sprach in Köln, also in der britischen Zone. Hier mußte die Militärregierung stoßen, in Bayern ist man von selbst auf den richtigen Weg gekommen. Geschäfte, die alle machen können nicht als illegal bezeichnet werden, aber Gesetze, die die Wirtschaft an der Ausübung ihrer natürlichen Funktionen hindern, haben ihren Sinn verloren, sind unwirtschaftlich, gegenstandslos, lloyal. Versuchen wir also im Kampf gegen Illegalität und lloyalität die Gesetze loyal zu erfüllen, d. h. den Sinn des Gesetzes mit dem Sinn der Wirtschaft in Einklang zu bringen, so begrüßen wir den bayerischen Vorstoß. X.

Der Zug nach dem Westen

In den letzten Monaten häufen sich die Meldungen, die über eine Verlegung deutscher Firmen aus der russischen Zone in die Doppelsonne oder die französische Zone berichten. So bringen wir in dieser Ausgabe unter den Gesellschaftsmeldungen die Sitzverlegung der bekannten Firma Akkumulatoren von Berlin nach Hagen. Während der letzten drei Monate sind 75 Firmen aus der russischen Zone allein in Lande Hessen lizenziert worden und weitere 20 haben entsprechende Anträge gestellt; es sind alle Branchen vertreten: Elektrische Geräte, Werkzeugmaschinen, Porzellan, Chemie, Bekleidung und Pelze. Dabei sei erwähnt, daß Frankfurt am Main auf dem Wege ist, das Handelszentrum für Pelzwaren zu werden und damit den einstmals weltbekannten Leipziger Rauchwarenmarkt abzulösen. Auch ein Teil der in Berlin bisher konzentrierten elektrischen Industrie ist nach Frankfurt am Main verlegt worden.

Eine solche Verlegung ist nun aber nicht so einfach, denn die Maschinen und andere Fabrikrichtungen dürfen in den meisten Fällen nicht aus der Ostzone herausgebracht werden. Das ist aber auch nicht die Entscheidende, vielmehr wir der New York Herald Tribune glauben wollen, daß gelegentlich illegal die eine oder andere Maschine die russische Zonengrenze in Richtung Westen passiert hat. Wichtiger ist die Tatsache der Sitzverlegung und damit der Verschiebung des geistigen und wirtschaftlichen Schwergewichts der Firmen nach Westen, von denen viele schon früher Zweigfabriken in den westlichen Zonen hatten, die jetzt ausgebaut werden können.

Über Betriebsverlagerungen von Westen nach Osten ist bisher keine Meldung eingelaufen.

Mit einem lachenden ...

Mitte Dezember 1947 ist nach vielen Jahren zum ersten Male wieder englische Kohle exportiert worden; es handelt sich um 750 t, die nach Schweden gingen. Diese Tatsache ist eigenartigerweise in der Welt gar nicht beachtet worden, obwohl doch jeder weiß, daß England vor dem Krieg einen gewaltigen Kohlenexport hatte und der deutschen Kohle schwer Konkurrenz machte. Warum hat nun England in der Zeit des Waffensstillstands keine Kohle exportieren können? Biese Zungen behaupten, daß die Nationalisierung des Bergbaues Anfang 1947 der Hauptgrund dafür gewesen sei. Dies kann aber nicht stimmen, denn auch 1946 hatte England keine Kohle exportiert. Jedoch könnte es sein, daß die Langsamkeit der Erholung der britischen Kohlewirtschaft auf die Nationalisierung zurückzuführen ist.

Mit dem Jahresende 1947 ist die tatsächliche Kohlenförderung Englands um 4 Mill. t gegenüber der Sollförderung zurückgeblieben, und die Vorräte waren

nicht höher als ein Monats-Inlandsverbrauch. Die USA haben gelegentlich ausgeholfen und 1947 etwa 90.000 t Kohle geschickt, aber das kostet Devisen, und so wird man jetzt keine Kohle mehr aus den USA importieren, zumal, da die englische Kohlenförderung weiter steigt. In der letzten vollen Arbeitswoche des Dezembers betrug die Kohlenförderung schon wieder 4,4 Mill. t, erreichte damit aber noch nicht den Stand vom August 1940. Trotzdem wird England nun vom 1. Januar an wöchentlich 200.000 t Kohle exportieren; denn 1. braucht man Devisen und 2. ist der Kohlenverbrauch in England niedriger gewesen als erwartet.

Das englische Sorgenkind Kohle hat aber noch mehr verlangt: Mit dem 1. Januar 1948 wurden die englischen Kohlenpreise ab Zeche um 2 1/2 % je t erhöht. Diese Preiserhöhung gilt nur für den Kohlenbedarf des Inlandes und der Küstenschifffahrt. Sind die nationalisierten Zechen unrentabel geworden, oder braucht man für das Exportdumping ein Polster, das man in Deutschland auch Umlage nannte? Jedenfalls ist der innere englische Kohlenpreis seit 1939 um insgesamt 26 % je t gestiegen, das bedeutet eine Erhöhung seit 1939 um 33%. Nun wollen wir zugeben, daß diese Steigerung sich noch gering ansummiert, wenn man bedenkt, daß die Großhandelspreise der übrigen Grundstoffe in England heute um 55% über denen des Jahres 1939 liegen. Trotzdem wird die neue Kohlenpreiserhöhung preissteigernd wirken, denn gerade die Kohle ist in der Gesamtpreisbildung nach alter Erfahrung eines der wichtigsten Elemente.

So ist England in Bezug auf seine Kohle mit einem lachenden Auge (Exportbezugs) und mit einem weinenden Auge (Preiserhöhung) in das neue Jahr gegangen.

Metallische Chancen für das E

Gegenwärtig beginnt sich eine außerordentlich interessante Entwicklung an den Metallmärkten anzubahnen. Bekanntlich hat sich nach dem Krieg eine Hausse an den Metallmärkten eingestellt, die die Preise für die wichtigsten Schwermetalle weit über den im Krieg erreichten Stand hinaustrieb. Das Fehlen der Londoner Metallbörse als gleichzeitiger Faktor in der Weltmetallwirtschaft hatte nach einer kurzen Periode der Unsicherheit dazu geführt, daß für Kupfer die Notierung für New York, für Blei ebenfalls für New York und

für Zink (als Golfhäfen) als Weltmarktpreise auch von den Verbrauchern angesehen wurden, womit die Preisbildung für Metalle an die USA übergegangen war.

Die seit einiger Zeit immer stärker in Erscheinung tretende Dollarknappheit in Ländern mit einem bedeutenden Metallverbrauch einschließlich Großbritannien, macht es nun sehr wahrscheinlich, daß eine Änderung in der nächsten Zeit eintreten wird. Es zeigt sich nämlich, daß die Metallkäufer bereit sind, ein Aufgeld für Metalle zu zahlen, wenn sie in Pfund Sterling abrechnen können. Das bedeutet natürlich für die Metallhersteller des britischen Weltreichs, abgesehen von Kanada, einen bedeutenden Vorteil gegenüber den amerikanischen Erzeugern. Ist doch einer AP-Meldung zuzunehmen, daß man für 1948 mit einem großen Kupferüberschuß in den ozeanischen Erzeugungsländern rechnet, da Großbritannien und Frankreich, die zur Zeit bedeutendsten Verbraucher Europas, nicht in der Lage sind, ihre Einfuhren in Dollar zu bezahlen. Selbst belgisches und polnisches Zink werden heute gern in Pfund Sterling bezahlt.

Natürlich schenkt man dieser Entwicklung vonseiten der interessierten englischen Kreise die größte Aufmerksamkeit. Das „Metal Bulletin“ London verlangt abermals mit allem Nachdruck von der Regierung die Wiederöffnung der Londoner Metallbörse. Das Blatt sieht hierin eine vielleicht letzte Chance, London wieder zum bestimmenden Faktor in der Weltmetallwirtschaft und im Weltmetallhandel zu machen. „Metal Bulletin“ sieht jedoch eine Gefahr darin, daß die Vereinigten Staaten über den Marshall-Plan den europäischen Ländern trotz des gegenwärtigen Dollarmangels den Bezug von Rohstoffen, und damit natürlich auch von Metallen, auf der Dollarbasis ermöglichen könnten. Auf jeden Fall ist die Frage des Führungsanspruches im Weltmetallgeschäft durch die gegenwärtige Dollarknappheit wieder aufgeworfen worden.

Neue USA-Exportpolitik

Nach den bisherigen Verordnungen der amerikanischen Regierung wurden den Exporteuren Ausfuhrbewilligungen nach dem Anteil der Firmen am Vertriebshandel erteilt. Laut den Richtlinien, die nun bekannt gegeben worden sind, sollen künftig jene Firmen Ausfuhrbewilligungen erhalten, welche die geringsten Dollarausgaben von den ausländischen Importeuren fordern. Von den der Ausfuhrkontrolle unterliegenden Produkten sollen die neuen Erlasse

Bestellschein (Am Zeitungsschalter des Postamts vorlegen oder dem Brieffräger mitgeben bzw. an den Verlag einsenden, wenn das zuständige Postamt die Bestellung nicht annehmen sollte).

Ich beantrage hiermit die Lieferung der „Wirtschaftsrevue“ Ausgabe ab f. 1. 48

Das Bezugsgehalt soll vierteljährlich durch die Post erhoben werden.

(Name) (Ort) (Strasse) (Branchen) (Zonen)

Bezugspreis 1/4 jährlich:
 D (Deutschspr. Hauptausgabe) RM. 13.- E (Engl. Kurzfassung) RM. 3.90
 F (Franz. Kurzfassung) RM. 3.90 je zuzüglich 36 Pfg. Zustellungsgebühr

Wirtschaftsrevue-Verlag, Vertriebsabteilung, 79 Konstanz
 Hussenstraße 49

laut einer DENA-Meldung in erster Linie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Chemikalien, Stahl und Kohlen angewandt werden. Es sei dahingestellt, ob eine Erweiterung der Auslandshilfe die U. S. A. zu diesem Schritt veranlaßt haben oder die Befürchtung möglicher künftiger Absatzstockungen infolge der Dollarknappheit in aller Welt. Wahrscheinlich haben beide Gesichtspunkte beim Erlass der neuen Richtlinien Pate gestanden. Jedenfalls dürfte der USA-Außenhandel schon deshalb eine Belebung erfahren, weil die Exportfirmen sich zur weitgehenden Beschränkung von Dollar-Zahlungen um Wareneinfuhren aus den belieferten Ländern bemühen werden. Die an der Ausfuhr nun mittelbar beteiligten USA-Firmen sind jetzt auch an der dadurch bedingten Steigerung der Einfuhr interessiert und von dieser Entfaltungsmöglichkeit der privaten Initiative dürfte der Außenhandel nicht unbedeutenden Aufschwung im Interesse aller Beteiligten erfahren. Außerdem vorzuziehen die neuen Richtlinien eine ausgesprochen anti-inflationistische Tendenz.

Den Bock zum Gärtner

DENA weiß aus Washington zu berichten, daß der USA-Senat das Anti-Inflationsgesetz mit 77 gegen 10 Stimmen angenommen hat. Das Gesetz sieht

die teilweise Aufhebung der Anti-Trust-Gesetze vor, „um es den Industriellen zu ermöglichen, freiwillige Vereinbarungen zur Niederhaltung der Preise abzuschließen“.

In der Vergangenheit war es jedenfalls so, daß Kartellvereinbarungen meist zu dem Zweck abgeschlossen wurden, die Märkte zu verteilen und die Preise nach Möglichkeit hoch zu halten. Die Preise solcher Produzentenvereinigungen wurden meist nach dem Gestehungskosten des schwächsten Mitgliedes ausgerichtet, wodurch sich vielfach erhebliche Übergewinne für die anderen Mitglieder des Kartells ergaben. Man braucht nur in diesem Zusammenhang an die großen Rohstoffkartelle der Vorkriegszeit zu erinnern, an das internationale Zinnkartell, an das Quecksilberkartell, an die amerikanische Copper Exporters Incorporated, an das Kautschukkartell und die vielen anderen internationalen Produzentenvereinigungen. Aber vielleicht beabsichtigt man jetzt, die Preise nach den am rentabelsten arbeitenden Mitgliedern festzusetzen. Ob damit die schwächeren Mitglieder einer solchen Vereinbarung einverstanden sein werden, ist natürlich eine andere Frage, könnte doch ein solches Verfahren allmählich dazu führen, daß die Selbständigkeit solcher Firmen eines Tages in Frage gestellt ist.

Aus den deutschen Zonen

Englische Zone

Auf Anordnung der britisch-amerikanischen Kohlenkontrolle sind die Arbeitskräfte bei der Fischer-Tropsch-Anlage Bergkamen der Essener Steinkohlenbergwerke A.-G., die über eine Jahreskapazität von 85.000 t verfügte, bis auf einen kleinen Rest entlassen, da eine Wiederbetriebnahme in absehbarer Zeit nicht in Betracht kommt.

Die Aluminium-Industrie der britischen Zone hat aus Kanada 3.000 t Rein-Aluminium erhalten. Weiters 3.000 t werden in Bremen erwartet. Die Aluminium-Importeure sind für die Elektro-Industrie und für die Produktion von Milchkannen bestimmt.

In der südoldenburgischen Stadt Wildenhäuser hat sich die während des Krieges in Bremen ausgebaut pharmazeutische Fabrik Dr. Behre & Co. niedergelassen. Die Produktion hat bereits begonnen. Der Mangel an in- und ausländischen Drogen wird durch eigenen Anbau von Heilpflanzen behoben. In Dalmenhorst hat die pharmazeutische Fabrik J. H. Schaub ein neues Unterkommen gefunden. Auch hier werden auf eigenem Gelände viele Tausende von Arzneipflanzen gezogen. Außerdem schaffen Sammler die Heilpflanzen in großen Mengen heran. Zur Zeit ist ein Erweiterungsbau im Gange, nach dessen Vollendung wieder 150 Personen in dieser Fabrik arbeiten können.

Die Errichtung einer Netzfabrik in der ostfriesischen Stadt Leer war in letzter Zeit mehrfach Gegenstand von Erörterungen. Jetzt hat der Plan greifbare Formen angenommen. Die Stadt stimmte jetzt der Verpachtung eines 10.000 qm großen Geländes im Hafengebiet an die Firma Klinder-Reinhold zu, die schon im Januar mit dem Aufbau des Betriebes beginnen will.

Dipl.-Ing. Arie van Halbevijs wurde auf Beschluß des Aufsichtsrates der Ver. Glasstoff-Fabriken A.-G. in Wuppertal, in den Vorstand berufen. Diese Vorstandsergänzung bedeutet jedoch noch keine endgültige Klärung des künftigen Rechtsverhältnisses zwischen der Aki und Glasstoff. Nach den Verträgen zwischen beiden Gesellschaften, die nach holländischer Auffassung nicht mehr in Kraft sind, nach Ansicht der Glasstoffverwaltung aber weiterhin gelten, hat die Aki das Recht, einen Posten im Vorstand von Glasstoff zu besetzen.

Auch im November beschränkte sich die Fischereifahrt auf Heringe, sie ist aber erneut gestiegen. Insgesamt wurden 9.185 t Heringe eingeführt gegenüber 4.271 t im Oktober und 6.689 t im

Oktober 1946. Im einzelnen belief sich die Einfuhr auf 4.918 t (Oktober 1946): Frischheringe und 2.267 t (3.282) Salzheringe, Großbritanniens lieferte 7.231 t (3.604) und Norwegen 1.937 t (666). Im Dezember war die Einfuhr saisonmäßig rückläufig. Es sind Dampfer nach Reikjavik ausgespart, um dort isländische Heringe zu holen.

Amerikanische Zone

Ein wirksames Mittel zur vermehrten Sonntagsentladung von Gütern waren die Reichsbahnreaktion Stuttgart gemeinsam mit dem württembergischen Landesernährungsamt ausgeklobelt. Hier gibt es für die Sonntagsentladung eine Zuteilung von 2 Liter Wein. Der Erfolg ist recht günstig und wirkt sich in einer Umlaufbeschleunigung der Wagen aus. Fast jeden Sonntag bleiben in der Doppelsonne 2—3.000 Wagen trotz der erhöhten Standgelde stehen. Wenn diese in Zukunft entladen und damit der Wirtschaft 24 Stunden früher zur Verfügung gestellt werden können, dann wäre schon ein ganz wesentlicher Fortschritt erzielt.

Die bayerische Landesstelle „Kohle“ teilt mit, daß die tschechische Staatsbahn mit der Rückgabe von 2.700 deutschen Waggons im Rückstand ist. Da die deutsche Reichsbahn solange keine Leerrwagen zur Verfügung stellt, bis 1.000 deutsche Waggons zurückgelangt sind, kommen die einlaufenden Kohlenmengen in der Hauptsache Bayern zugute, um die Unlaufzeit der Waggons nicht zu erhöhen.

Von der bayerischen Fischglaserzeugung beanspruchte die Besatzungsarmee für das 3. Quartal 25 % und für das 4. Quartal 1947 15 % der Erzeugung.

In Mitterteich in der Oberpfalz wurde eine vollautomatische C10-Hampenhütte in Betrieb genommen.

In Bayern arbeiten gegenwärtig 29 Betriebe in der Reibzeug-Industrie, die seit Wiederaufnahme des Exports Erzeugnisse im Werte von 510.000 Dollar ausgeführt haben. Wie die Landesstelle für Feinmechanik und Optik mitteilt, sind dies rund 80 % der Gesamtproduktion in Bayern. Ausländische Auftraggeber stellen teilweise die Rohstoffe zur Verfügung.

Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Josef Müller hatte in einer Aussprache mit General Clay nach-

gefragt, für die weitere Herstellung des Dünstabieres ein Gerstenkontingent zu genehmigen. Dieses Ansuchen ist jedoch vorerst abgelehnt worden. Im Zusammenhang mit dieser Ablehnung haben sich die Brauereien der Stadt Augsburg und des oberbayerischen Gebietes genötigt, mit Wirkung vom 2. Januar 1948 an die Abgabe des Ersatzbieres aus Rohstoffmangel einzustellen.

Der Stadtrat München hat im Sept. letzten Jahres beschlossen, mit Rücksicht auf die Überbesetzung der gewerblichen Betriebe aller Art, insbesondere bei dem bestehenden Materialmangel, keine neuen Anträge zur Neugründung von Betrieben mehr entgegenzunehmen. Auf Anregung des Wirtschaftsministeriums wurde diese Verfügung nunmehr gelockert. Ab 15. Dezember 1947 können beim städtischen Gewerbeamt wieder Anträge gestellt werden, wenn eine Neugründung zur Befriedigung eines dringenden allgemeinen Bedürfnisses als notwendig sich erweist.

Ost-Zone

Im Ort Niederschwarzen im Harz, in der Nähe von Nordhausen, wird ein Anhydridwerk als volkseigener Betrieb des Landes Thüringen aufgebaut, das der Zementherstellung dienen soll. Anhydrid ist bekanntlich schwefelsaurer Kalk, der sich vom Gips nur durch das Fehlen des Wassers unterscheidet und außer Düngemittel sich bei der Verarbeitung mit Kohle zu einem mit Zement ebenbürtigen Baustoff gestaltet, und als Baustoff der Zukunft angesprochen wird. Zement braucht 270 kg, Kalk 200 kg, während Anhydrid nur 25 kg Kohle pro Tonne benötigt. In dem Werk, das Anfang kommenden Jahres anlaufen soll, sollen auch Anhydrid-Bauplatten gegossen werden und aus dem weißen vermahlenden Mehl Putz- und Anstrichmittel hergestellt werden, die auf dem Bauplatz sehr gefragt sind. Der Harzer Waldboden bei Niederschwarzen enthält viel Anhydrid und gewährleistet einen günstigen Abbau.

In der landeseigenen Waggonfabrik Weimarer Waggonbau in Weimar sind seit Mai 1945 bis Ende Oktober 1947 3600 Eisenbahnwaggons fertiggestellt und dem Verkehr übergeben worden. Der Betrieb beschäftigt über 2000 Leute.

In Kranfeld in Thüringen ist der Wiederaufbau der im April vergangenen Jahres vollkommen demontierten Elek-

trotechnischen Fabrik Weber & Co. soweit vorangeschritten, daß nach Aufarbeitung alter entrosteter Maschinen neue Produktionsmöglichkeiten geschaffen sind, so daß der Betrieb, wenn auch Anfangs im bescheidenen Rahmen, zum Anlaufen kam und heute bereits 230 Arbeiter beschäftigt. Um die Kraftstromkrise zu überwinden, hat das Unternehmen sich eine eigene neue Kraftstromanlage aufgebaut und eine alte Lokomobile mit 130 PS zur Kraftstromerzeugung hergerichtet.

Zwecks Erfassung und zweckmäßiger Verteilung der Rohstoffe der Spielwarenindustrie, ist in der bekannten thüringischen Spielwarenstadt Sonneberg die Errichtung eines Industriekontors vorgesehen. Die thüringische Spielwarenindustrie ist gut beschäftigt, hat aber mit großen Rohstoffengpässen zu kämpfen. Für das diesjährige Weihnachtsgeschäft lagen größere Aufträge vor. Rund 20.000 verschiedene Spielzeugartikel werden hergestellt. In 1947 lag der Umsatz in Spielwaren, der 1946 9,6 Mill. RM betrug, wesentlich höher.

Die Thüringer Wollgaruspinnerei Langensalza verfügt über 6290 Spindeln, von denen 2400 in Gang sind. Die Zahl der Belegschaft stellt sich auf 270 Köpfe. Der größte Teil der Fabrikation geht auf Reparationskonten. Ein kleiner Teil der hergestellten Garne wird dem zivilen Verbrauch zugeführt.

Die Kemmingswerke C.m.B.H. Langensalza, sind ein belgisches Unternehmen und verfügen über 40.600 Spindeln, von denen 10.250 laufen. 195 Arbeiter sind in der Fabrik tätig. Die hergestellten Garne fließen dem zivilen Verbrauch zu.

Interzonen-Handel

Nach dem in Berlin zwischen der britisch-amerikanischen und der europäischen Zone abgeschlossenen Warenabkommen für das Jahr 1948 soll mit einem Abschluß über den Warenverkehr von 310 Mill. RM eine Steigerung von 50 % gegenüber 1947 erreicht werden, da das für 1947 abgeschlossene Mindener-Abkommen 200 Mill. RM im Warenverkehr vorsah. Weil die Vereinbarungen aber nur eine Laufzeit von 9 Monaten umfassen, bedeutet das Abkommen praktisch eine Steigerung des interzonalen Warenverkehrs um 100 %, da bis zum 31. März 1948 noch die Rückstände aus dem Mindener-Abkommen zu erledigen sind. Mit dem in Fluß kommenden privaten Einzelgeschäften wird der Warenverkehr zwischen der Doppel- und Ostzone für 1948 auf 800 Mill. bis 1 Milliarde RM geschätzt. Für 1947 betrug er rund 500 Mill. RM.

Unter Wehrung berechtigter Interessen

Aufklärung!

Die Firma
Hans Dürr, Brunsbüttelkoog
(Holstein), Koogstraße 17
affiliert unter dem Qualitätsbegriff
— **Glashüte** —

Präzisions-Bohrmaschinen — Präzisions-Oberflächenschleifmaschinen und Präzisions-Kleinstzahnbohrer auch gibt sie an, daß sie von mir ein Auslieferungslager von allen Dingen über den Allein-Vertrieb meiner Fabrikate besitzen. Ich erkläre hiermit, daß diese Angaben un- wahr sind, vielmehr habe ich sie annehmen, den Gründen der Firma Dürr gegenüber jede Belästigung abgelehnt. Die Firma geht aber mit ihrer Inserierung noch weiter und listet unter dem Qualitätsbegriff — Glashüte — Franzfabrika (s. vorl. Beweismaterial) an. Die Firma Dürr hat sich versucht, mit dem Qualitätsbegriff — Glashüte — einen Kunden- ring zu betreiben, was hier ausdrücklich lei- dungslos festgestellt sei. Es soll der Firma Dürr auch selbst überlassen bleiben, wie sie sich nunmehr ihren bisher eingegangenen Anträgen gegenüber verhalten will.

Paul Stübner

vers. Glashüte/S. — Inhaber: Georg Hoffmann
Präzisions-Uhrenfabrik, Präzisions-Werkzeuge,
Präzisions-Kleinstwerkzeugmaschinen,
DÜSSELDORF-HEINRATH, Postfach 72

Wettbewerb Asbach & Co. Rüdesheim

Am 22., 23., 24. und 25. Oktober legte das Preisgericht, bestehend aus dem Prof. Dr. Martin Elzner, Stuttgart, als Vorsitzender für d. a. der Teilnahme ver- hängnisvollen Prof. Adolf Abel, München; Prof. Dr. Ing. Karl Gruber, Darmstadt; Ministerialrat Dr. Ing. Gustav Langemann, Hess. Staatsministerien, Wiesbaden; Be- gleitungs- u. Beurteilungsaussch. Rüdes- heim; Prof. Dr. Ing. René von Schöller, Aachen.

Es waren 118 Einträge hinsichtlich ab- gegangenen, von denen vier Arbeiten wegen Verstoß gegen die Wettbewerbs- bestimmungen von der Beurteilung durch das Preisgericht ausgeschlossen werden mußten. Das Preisgericht hat einstimmig beschlos- sen, von der Zuerkennung eines Ersten Preises Abstand zu nehmen und die an- freilich ausgesagte Gesamtsumme wie folgt zur Verteilung zu bestimmen:

- Ein Zweiter Preis zu 1500 RM an die Kandidat 7777, Verfasser: H. Müller und Henry Brandt, Hamburg 34;
- ein Zweiter Preis zu 1200 RM an die Kandidat 9919, Verfasser: Dipl.-Ing. Paul Friedrich Posenanzka, Schölkorn;
- ein Dritter Preis zu 1000 RM an die Kandidat 4141, Verfasser: Architekt Michael Fialcher, Köln-Müngersdorf;
- ein Vierter Preis zu 2000 RM an die Kandidat 2110, Verfasser: Professor Dominikus Böhm und Dipl.-Ing. G. Böhm, Köln-Marienburg.

Bekanntmachung

Betr.: Hypothek- und Darlehensschuld- ner der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Willmsen- dorf.
Die Hypothek- und Darlehensschuldner der Reichsversicherungsanstalt für An- gestellte (RIA), die seit Kriegsende ihre Zahlungen unterlassen haben, sind verpflichtet, ihre Darlehen unverzüglich zurückzahlen. Diese Anweisung ist in die RIA-Verordnung über die Darlehens- anzahl Baden (LVA) in Karlsruhe, Kaiser- allee 8 zu richten. Der Anweisung sind drei letzte Zins- und Tilgungsscheine sowie die notarielle Darlehensurkunde, gegebenenfalls in Abschrift, beizufügen. Hierfür wird „Einzahlung“ empfohlen. Rückständige Zahlungen sind beschleunigt dem Oberkonto der LVA, Baden Nr. 201 bei der Bad. Kommunalen Landesbank, Zweigniederl. Freiburg i. Br., zu überweisen mit dem Vermerk „RIA-Darlehen“. Bei weiterer Unterlassung der Einzahlung wird eine Zwangsmaßnahme über den 15. 2. 1948 hinaus mit den vorzulegenden Folgen eingeschlossen werden.
Freiburg i. Br., den 31. 12. 1947.
Autentische Freiburg
der Landesversicherungsanstalt Baden.

Wir suchen eine Stadt

die Interesse daran hat und die Möglichkeit bietet, einen Präzisions-Uhren- und Präzisions-Kleinstzahn- werkzeugmaschinen-Industrie von anerkannter Welt- rufaufnahme und mit allen Mitteln zu unter- stützen. Das Sprechende, ein der Ostzone stam- mend und seit mehr als 40 Jahren bestehende Werk beschäftigt sich hauptsächlich mit moder- nen Oberflächenschleifmaschinen und vorläufige Fabrikation v. Unterflächenschleif. Der Manu- faktur sind behauptet vordringlich 1-4 Mill. RM. Interessante Stellenverhältnisse werden sich mit einer Verfügung setzen unter der Nr. 9 427 der Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Südwestdeutschlands Kraftwerke

Die Bilanzen für 1946

hfg. BADEN-BADEN. Von den drei großen Kraftwerken in der Südwest- ecke Deutschlands liegen jetzt die Jah- resbilanzen für 1946 vor.

Im April 1946 war die Wassereinfuhr zu den Wasserkraftwerken Südwest- deutschlands noch normal und im all- gemeinen besser als 1945.

Schluchseewerk

So ersetzte der natürliche Zufluß zu dem Sammelbecken der Schluch- seewerk AG, Freiburg, 1946 90,3% des langjährigen Mittels (1945 88%). Die Stromerzeugung betrug 278,8 Mill. kWh gegen 249,8 Mill. kV. und 286,4 Mill 1944. Im Januar 1946 konnte die erste Pumpe im Werk Wignau in Betrieb genommen werden. Im Frühjahr 1947 folgte die zweite. Für die begonnenen Bauwerke der III. Aus- baustufe Waldhut, deren Voll- endung vor kurzem vom Kontroll- rat genehmigt worden ist, waren 1945 Sicherungsarbeiten durch die Militär- regierung genehmigt worden, um größere Verluste abzuwenden. Die Arbeiten lei- den jedoch unter Mangel an Arbeits- und durch die Unregelmäßigkeit der Baustofflieferungen. Als außerordent- liche Aufwendungen werden 565 010 RM ausgewiesen, für Abdröhnungen auf Verluste, die beim II. und III. Ausbau durch die Stilllegung der Bauarbeiten entstanden sind. Die III. Ausbau- stufe wird eine Jahresleistung von weiteren 185 Mill. kWh ermöglichen.

Die Gesellschaft hat ihr Aktien- kapital aus 1946 nicht über 45 Mill. RM hinaus erhöht, also von der Er- mächtigung, das Kapital im Rahmen des genehmigten Kapitals von 22 Mill. RM zu erhöhen, keinen Gebrauch gemacht. An Stromerträgen wurden 10,4 (10,3) Mill. RM erzielt. An Steuern werden 2,1 (1,6) Mill. RM ausgewiesen. Aus unverändert 1,24 Mill. RM Reingewinn werden wieder 4% Divi- denden auf das alte Aktienkapital von 31 Mill. RM gezahlt; 14 Mill. RM jün- gere Kapital können erst für das Ge- schäftsjahr Dividenden beziehen, welches auf die Fertigstellung der III. Aus- baustufe folgt. An das in Schweizer Besitz befindliche Kraftwerk Laufenburg kann-

ten Dividenden und Anleihezinser aus Transferkrediten noch nicht überwiesen werden.

Die Anlagewerte stiegen mit 118,1 (115,7) Mill. RM zu Buch. Forderungen aus Stromlieferungen mit 21,8 (22,9) Mill., Bankguthaben und Kasse mit 12,5 (10,5) Mill. Die gesicherte Rücklage hat sich auf 0,7 (0,6) Mill. erhöht, die Wertberichtigung zum Anlagevermögen auf 15,8 (13,3) Mill. Die Verbindlich- keiten erreichten 91,9 (83,6) Mill. RM.

Laufenburg

Das Kraftwerk Laufenburg erzielte 1946 einen Betriebsergebnis von 83 Mill. Fr., dazu aus Beteiligun- gen und Zinsen 0,4 Mill., während die allgemeinen Unkosten 4,8 Mill. Fr. erreichten. Es blieb ein Reingewinn von 2,09 Mill. Den 53,7 Mill. Betriebsanla- genwerten steht ein Erneuerungsfonds von 29,1 Mill. gegenüber. Beteiligun- gen stiegen mit 2,2 Mill., Wertpapiere mit 9,2 Mill. und Bankguthaben mit 10,3 Mill. zu Buch. Die Debitoren be- tragen 1,4 Mill., die Kreditoren 7,5 Mill. Die Gesellschaft besitzt eine allgemeine Rücklage von 4,4 Mill. und einen Hal- fallfonds von 12,4 Mill. Fr. bei einem Aktienkapital von 21 Mill. Fr.

Rheinfelden

Auch die Kraftübertragungs- werke Rheinfelden sind namhaft an der Schluchseewerk AG. beteiligt, ebenso an der Kraftwerk Ryburg-

Schwörstadt AG. Der Stroman- teil der Gesellschaft aus dem Wasser- kraftwerk Ryburg-Schwörstadt ist bis auf weiteres nach Frankreich zu liefern, zusammen mit anderen Energiemengen. Die gesamte Energieabgabe er- reichte 409,7 Mill. kWh, davon gingen mehr als die Hälfte nach Frankreich. Die der Gesellschaft zehntelnde Elektro- Watt, Elektrische und Industrielle Unternehmungen AG., Zürich, hat die Neugestaltung der Staustufe Rhein- felden untersucht und Modellversuche ausführen lassen. Voraussetzung für den weiteren Ausbau der auf der Grenze liegenden Rheinkraftwerke (Gesamtkraft- werke) ist die Lösung des Transfer- Problems für die in der Schweiz 1927 aufgelegte Obligationenleihe. Die Forderungen aus der Stromlieferung ha- ben sich stark erhöht auf 3,8 Mill. RM. Auch die Bankguthaben sind mangels anderer Anleihemöglichkeiten erheblich angewachsen auf 4,9 Mill. RM. Die Ge- sellschaft hat eine anteilige Beibehal- tung der weiteren Ausbau des Schluchseewerks übernommen, die mit 4,35 Mill. RM bewertet wird. Der Jahresertrag beträgt 5,3 Mill.; an Steuern werden 2,2 Mill. ausgewiesen. Für 1946 blieb nur ein Gewinn von 12 745 RM, der sich zusammen mit dem Gewinnvortrag auf 126 626 RM erhöht. Dem Betriebsanlagevermögen von 33,8 Mill. RM steht eine Wertberichtigung von 18,7 Mill. RM gegenüber. Betei- ligungen sind mit 10,4 Mill. RM bewertet. Die Rücklagen erreichen sum- miert 2,9 Mill., die Rückstellungen 6,5 Mill. RM, die Verbindlichkeiten betra- gen zusammen 15,2 Mill. RM. (Aktien- kapital: 14 Mill. RM.)

Personalien

Der ehemalige bayerische Wirtschafts- minister Dr. Ludwig Erhard, wurde zum Honorarprofessor an der Staatswirt- schaftlichen Fakultät der Universität München ernannt.

Direktor Fred P. Böhmer, Essen, über- nahm die Leitung der Zentralabteilung der Verbände deutscher Maschinenbau- ingenieure bei der Deutschen Kolonial- behördenleitung.

Der frühere Leiter des Landwirtschafts- amtes Bayern und jetzige Geschäftsfüh- rer der Bayerischen Arbeitgeberver- bände, Dr. v. Kaufmann, ist als Leiter der Abteilung V im Bayerische Wirt- schaftsministerium berufen worden.

Direktor Dr. Albert Mössner, Frank- furt a. M., wurde zum Vorsitzenden der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft der Verbände deutscher Maschinenbau- ingenieure in der britischen und ameri- kanischen Zone gewählt. Hauptgeschäftsfüh- rer wurde Dipl.-Ing. Stielor, bisheriger Geschäftsführer des Wirtschafts- verbandes Maschinenbau, Düsseldorf.

In einer Aufsichtsratsbesetzung der Ver- einigter Glanzstofffabriken AG. in Wuppertal-Eberfeld konstituierte sich der neue Vorstand des AKV in Arnheim. In Arnheim verbundenen deutschen Kunst- seidkonzerns. Er setzt sich jetzt zu- sammen aus den deutschen Mitgliedern Dr. Helmut Vits (Wuppertal), Dr. Heinrich Wuppertal, Carl Hilsauer (Wuppertal), und Dr. Rudi Schmitt (Düsseldorf in B.), und dem Holländer Dr.-Ing. van Halbevis aus Arnheim.

Albert Zöllner, Düsseldorf, Dr. Otto- mar Jähnchen, Düsseldorf, Friedrich Wil- helm Voß, Velbert, und Fritz Dieckert, Köln, wurden in den Vorstand der neu- gegründeten „Holzeinfuhr-Gesellschaft Nordrhein-Westfalen“ Düsseldorf, ge- wählt.

In den AR der Rheinisch-Westfälischen Revisions-Treuhand AG., Köln, wurden Bankier Herbert Momm, Köln, und Bankdirektor Wolfgang Deibrock, Düren, gewählt.

In den AR des Verlagsunternehmens Gerhard Stalling AG., Oldenburg, wurden gewählt: Hermann G. Schütte, Bremen; Pflanz Dr. Arnold, Oldenburg, Rechtsanwalt Dr. Michaelis und Präsi- dent W. Trinne, Oldenburg.

Der frühere AR-Vorsitzende der Cra- felder Baumwollspinnerei, Fabrikbesitzer Fritz Dittney, Rheindt, ist verstorben.

Der AR der Rudolph Karstadt AG., Hamburg, wurden neu gewählt: Eugen Bandel, Düsseldorf; Jos. C. Uebel, Düsseldorf; Dr. Friedrich Ernst, Berlin; Kurt Bossert, Oldenburg; Hans Hüssem, Dr. Rudolf Brückmann, Oldenburg; Hans Freuler, Basel; Hermann Plöschmeyer, Hamburg; Dr. Clemens Pflanzmann, Hamburg; Dr. Walter Schmidt, Berlin; Dr. Dr. Walter Schreiber, Berlin; Heinrich Stiefelmeier, Göttingen.

Der bekannte Hamburger Reeder, Ernst Günther Rüd, wurde 90 Jahre alt.

Der Inhaber der Firma Fischindustrie von Walkhoff in Hamburg, gleichzeitig Vorsitzender des Fachverbandes Fisch- industrie und der Wirtschaftsvereinigung der Ernährung-Industrie (Zentralverband in der britischen Zone, Friedrich Best, ist kurz nach Vollendung seines 11. Lebensjahres verstorben.

Dem AR der J. W. Eberle & Cie. AG., Elgen, und Unfederfabrik in Augsburg gehören an: Bankdirektor Alfred E. Hül- sen, München, als-Vorsitzender; Sach- schenker Dr. Fritz Himmert, München, als stellv. Vorsitz. Kommerzienrat Adolf Ammon, Wangen; Rechtsanwalt Dr. Karl Beiser, München; Direktor Nils Egerberg, Schwofurt; Bankdirektor Hans Eger, Augsburg.

Neue Steuererhöhung

Das Kontrollratsgesetz Nr. 61 vom 24. 12. 1947 bringt die Änderungen des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 und enthält neue Vorschriften auf dem Gebiete der Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Gewinnabführungssteuer. Das Gesetz ist am 1. Januar 1948 in Kraft getreten.

Durch das neue Gesetz werden die Sätze der veranlagten Einkommensteuer um 35% und die der Lohnsteuer um 25% erhöht. Weiter besagt das Gesetz,

daß die Lohnsteuer künftig mindestens 110% der nach dem am 8. 5. 45 maßgebenden Lohnsteuersätzen zu bezahlenden Steuerbetrag betragen muß, bei der veranlagten Einkommensteuer sogar 115%.

Weiter werden einige Vergünstigungen bzw. Einkommensteuerfreiheiten aufgehoben. Auch der steuerfreie Abzug ist neu geregelt: bei Jahreseinkommen bis 3600 RM können 700 RM für be- zugsfähige und Sonderaufwendungen ab- gezogen werden, bei höherem Einkom- men vermindert sich dieser Betrag bis auf 468 RM und zwar um 12 RM für jede 60 RM Zunahme des Einkommens. Steuerfrei sind in der Steuergruppe 2 600 RM und in 3 (mit 1 Kind) 1000, (mit 2 Kindern) 1400, jedes weitere Kind 400 RM.

Die Voraussetzungen für Einkommen- und Körperschaftsteuer sind nach dem neuen Gesetz am 20. Januar, 20. April, 30. Juli, und 20. Oktober zu entrichten.

Deutsche Gesellschaften

das laufende Geschäftsjahr würden keine Mittelungen gemacht.

Karstadt

Die HV. der Rudolph Karstadt AG. in Hamburg genehmigte die Abschlässe für 1946 bis 1948. Die Kriegs- und Nachkriegs- verluste werden Ende 1946 mit insgesamt 77,7 Mill. RM ausgewiesen, die durch eine Wertberichtigungsrücklage gedeckt sind. Dem Verlust von 18,96 Mill. RM stehen Rücklagen in Höhe von 18,9 Mill. RM gegenüber.

Klempertwerk Zöbba

Das Werk, eines der ältesten Gummi- werke Sachsens, arbeitet unter Ausnutzung aller Produktions-Möglichkeiten in seinen beiden Sondergebieten: Ebonit-Ausklei- dung und Gummi-Walzenbelag — auch für die Westzonen.

Lahmeyer

Die Elektrizitäts-AG vorm. W. Lahmeyer & Co. in Frankfurt/Main wird die in 1944/45 und 1945/46 erzielten Überschüsse zu Rückstellungen für den Bergbau zu Rückstellungen gegenüber. Dividen- denausfälle bei Tochtergesellschaften be- trachten das Ergebnis ungünstig. Das Unternehmen war im übrigen befridigend mit Arbeit für den Wiederaufbau und Ausbesserung von Kraftwerken und Stromnetzen beschäftigt.

Auer-Gasföhrlich

Die Auer-Werke AG., Berlin-Oranien- burg die neben ihren Auerföhrkörpern für Gasbeleuchtung seit einigen Monaten Röntgenzubehörs, kosmetisch-pharma- zeutische Präparate, Atemschutzgeräte und Rettungsgeräte für den Bergbau produzieren, haben ihr Stammwerk in Oranienburg durch Demontage völlig ver- loren. In dem Verwaltungsgebäude in Berlin-Wedding wurde im Lauf des Jahres 1947 ein Zweigbetrieb aufgebaut, der nach 1947 durch den Bergbau der Vorkriegskapazität der Gesellschaft ver- fügt. Im Jahr 1944 nach Bayern ver- lagerten Maschinen sollen in den West- zonen wieder aufgebaut werden. Die Werke in Guben, Danzig und der Teche- schenowkael wurden von der deutschen Besatzungsmacht übernommen.

Gladbacher Welle

Die Gladbacher Wollindustrie AG. in M.-Gladbach vorm. L. Josten, erhielt im 1947/48 auch die letzten, bisher von dem Engländer noch bestagabnahmen Werk- stücke zurück. Die Ausstattung der Kapaz- ität war aber wegen Rohstoffmangels nur gering; die gleiche Situation besteht auch im laufenden Jahre fort. Es ist ein Ge- samtverlust von 0,13 Mill. RM vorzutragen.

Rheinische Kunstseide

In der HV. der Rheinischen Kunstseide AG., Krefeld, wurden die Abschlässe für 1946 bis Ende 1946 genehmigt und beschlos- sen. Der Verlust von 1,85 Mill. RM vorzutragen. In der Bilanz per 31. 12. 1946 stehen An- lagenvermögen mit 88,4 und Umsatzein- nahmen mit 22,8 Mill. RM zu Buch.

Pechorbräu AG., München

Auch das Geschäftsjahr 1946/47 (31. 8.) brachte keine Besserung der Absatzlage. In dem demnach erhöhten Jahresertrag von 4,8 Mill. RM (k. V. 3,38 Mill.) kommt ebenso wie unter der Position „Sonstige Steuern und Abgaben“ 2,25 Mill. RM (k. V. 2,25 Mill.) die beträchtliche Steuererhöhung zum Ausdruck. Die Wiederherstellung der beschädigten Anlagen und Anwesen macht gute Fortschritte. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Gewinn von 2,18 Mill. RM ab, der sich um den Vortrag aus 1944/45 von 288 600 RM auf 353 700 RM erhöht. In der am 12. Dezember stattgefundenen G. H. V. wurde beschlossen, den „Sonstigen Rücklagen“ 294 600 RM zuzuführen und den Rest von 59 100 vorzutragen (Grund- kapital 3 Mill. RM).

Steuer und Recht

Verzugszinsen für Steuerrückstände

Der Stummzusatzbetrag nach § 1 Steuerumlagegesetz (RStG. 1 Seite 177) 3 v. H. des rückständigen Steuerbetrags. Er wurde durch § 20 der Steuervereinfachungs-VO. vom 14. 9. 1944 (RStG. 1 S. 20) auf 3 v. H. erhöht und wird im all- gemeinen in dieser Höhe zur Zeit er- hoben. Eine Ausnahme bildet Württem- berg, das dem Stummzusatzbetrag wieder auf 2 v. H. herabgesetzt hat, und die sowjetische Besatzungszone, die zu- folge einer Verordnung des Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung vom 8. Sept. 1947 bei unvollständiger Zahlung von Steuern, die als Besitz- und Ver- kehrsteuer des ehemaligen Reiches, der Länder, der Provinzen, der Gemeinden oder Gemeindeverbände nach dem 1. Okt. 1947 dem Steuerpflichtigen geschuldet wer- den, für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat einen Zuschlag in Höhe von 1 v. H. des rückständigen Steuerbetrags erhebt. Für Verbrauchs- steuern und Zölle werden 1 v. H. des rückständigen Steuerbetrags erhoben. Die Erhebung des Zuschlages entfällt für die Zeit, für die ein rückständiger Be- trag besteht, ist, wobei die Stundung grundsätzlich nur gegen eine Verzinsung von 3 v. H. jährlich erfolgt. Werden Steuererklärungen nicht rechtzeitig abge- geben, so kann auf die Gültigkeit fest- gesetzte Steuer ebenfalls der angeführte Zuschlag berechnet werden. Gegenüber der Androhung des Zuschlages ist nur Beschwerde nach der Rechtsabgabe- mung möglich.

Einziehung des Mehrerlöses keine „Straf“

Bei einer Zuwiderhandlung gegen eine Preisbestimmung kann allein, neben und unter Umständen auch zusammen mit der Ordnungstrafe, bzw. der gerichtlichen Strafe die Einziehung und Abführung des Mehrerlöses verfügt werden. Dabei er- scheint nach ständiger Rechtsprechung des früheren Reichsgerichts, an der die derzeitige Rechtsprechung und Verwal- tungspraxis unbedingt festhält, als Mehr- erlös ausschließlich der Unterschied zwi- schen dem zulässigen und dem erzielten Kaufpreis. Auf eine Gewinnerzielung kommt es also nicht an. Ebenso ist es grundsätzlich ohne Bedeutung, ob der Mehrerlös in dem Zeitpunkt noch vor- handen ist, in dem seine Einziehung aus- gesprochen wird.

Rein praktisch gesehen wirkt sich die Einziehung des Mehrerlöses als zusätz- liche Strafe aus. De anderer Seite aber der Einziehung des Mehrerlöses — jeden- falls der Neufassung der Preisstrafrecht- verordnung im Jahre 1944 — keine Straf- natur mehr zukommt, kann die Einziehung des Mehrerlöses und eine Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung selbständig nebeneinander erkannt werden (Hinweis auf die Entscheidung des OLG. vom 16. Juli 1944 — 1 S. 101/47).

Ausschluss des ordentlichen Rechts- weges in der Ostzone

In verschiedenen Verordnungen haben die Länder der sowjetischen Besatzungs- zone bestimmt, daß über Ansprüche auf

Rückgewähr von Gegenständen oder auf Schadenersatz, die sich gegen eine Ge- meinde, einen Kreis oder das Land richten, und auf Maßnahmen beziehen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt getroffen worden sind, unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges die Landesregie- rungen endgültig selbst entscheiden. Gegen die Rechtswirksamkeit einer solchen Regelung sind Bedenken vor allem in der Richtung geltend gemacht worden, daß die derzeitigen Länder unbedingt an dem Grundgesetz gebunden sind, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht und daß eine zwin- gende Notwendigkeit nicht vorgelegen habe, eine Regelung zu treffen, die von dem in der Weimarer Verfassung niedergelegten Recht abweicht.

Eine Entscheidung des Amtsgerichts Ra- thenow vom 18. Februar 1948 (O 11 10), wiedergegeben in „Neue Justiz“ 1/47, Seite 141, würdigt diese Bedenken und bezeich- net es gleichseitig als unbedingt wün- schenswert, daß die einzelnen Landes- regierungen nur im äußersten Notfall beim Erlaß von Gesetzen und Verord- nungen abzuweichen, weil jede Rechts- erschütterung einen unter Umständen un- ermesslichen Schaden nach sich ziehen kann. Auf der anderen Seite aber stellt das Amtsgericht Rathenow fest, daß der Richter nicht nachprüfen hat, ob ein Gesetz zweckmäßig ist, sondern lediglich, ob es formell oder materiell rechtmäßig ist. Das aber wird unserer Erachtens zu Recht bejaht.

Nur der ordentliche Rechtsweg ist in den verschiedenen Verordnungen aus- geschlossen. Da damit der Verwaltungs- rechtsweg offen steht, ist mit der Ein- ziehung des Mehrerlöses als früheren Reichsgerichts, der Frage des an- geschützten Teil einer wesentlichen Teil ihrer Bedeutung genommen.

Haftung des Spektateurs für Diebstähle

Gemäß §§ 37 Abs 1 und 31 b der All- gemeinen deutschen Spektationsbedin- gungen ist die Haftung des Spektateurs bei einem Einbruchdiebstahl ohne Rücksicht auf Vorhandensein und Umfang eines persönlichen Vermögens aus- geschlossen. Der Spektateur hat hiernach einen dem Auftraggeber erwachsenen Schaden auch dann nicht zu ersetzen, wenn er den Einbruchdiebstahl durch große Fahrlässigkeit — mangelfest- stellung, unzureichende Bewachung usw. — verursacht hat. Im Anschluß an die Rechtsprechung des früheren Reichs- gerichts, das wiederholt erklärte, daß die Freizeichnungsklausel sich wirtschaftlich nicht als Freibrief für willkürliches Verhalten und für Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit auswirken darf, hat eine Entscheidung des Landesgerichts Osnabrück vom 3. Februar 1947 — 1 C 30/47 — die an- zugehörige Regelung in den Allgemeinen deutschen Spektationsbedingungen insoweit für rechtmäßig erklärt, als sie die Haftung des Spektateurs auch für eigene grobe Versehen ausschließt. Man kann die Entscheidung des Landesgerichts Osnabrück nur begrüßen, da geeignet erscheint, der Sorglosigkeit entgegenzu- treten, mit der heute vielfach mit anver- trautem Gut umgegangen wird.

Beichmarken
RARITÄTEN
Auktion
nach alten Grundsätzen

Meine mehr als 15 Jahre lange Erfahrung, rechtfertigt das Vertrauen von Käufern und Kunden. Einlieferungen umgehend erbeten.

GUSTAV Seeberger
HAMBURG I
Rathausmarkt 17

Mehr als 25 Millionen RM an Versicherungsleistungen hat die Alte Leipziger seit Kriegsende an ihre Mitglieder ausgeschüttet. Viele Familien haben damit den Segen kluger Voraussicht verspürt; viele dürfen sich neuer Existenzmittel durch Kapital oder Renten erfreuen. Werden auch Sie bald Mitglied der Alten Leipziger?

Verlangen Sie sogleich Aufklärungsprospekt 2 Wertvolles wird weiter

Alte Leipziger
HAMBURG I
204, Bud. Gundersheim, Brit. Zone
Schleifloch 8

Ortsvertretungen in Stadt und Land

Friedel

DER GUTE PUDDING

Friedel-Backpulver - dies zuverlässig
ROBERT FRIEDEL GMBH
Stuttgart-Bad Cannstatt

Leipziger Messe
mit Technischer Messe
vom 2. bis 7. März

Der zentrale Markt für Waren-, Interzonen- u. Exportgeschäfte

Ankünfte durch die zuständige Industrie- und Handelskammer oder die Handwerkskammer

AUSKUNFT KASENZER KG.
Informations- u. Handelsbüro
Informations- u. Handelsbüro
KASENZER'S WORTERBUCH
Handels-Spezial-Verkauf
Jahres- u. Monatsverzeichnisse
Jahres- u. Monatsverzeichnisse
STUTTGART - W. Sandstr. 64 - P. 3 107 33

BERLIN

Die meisten Gewinne...

HOCHSTGEWINN
1 MILLION

DEUTSCHE KLASSENLOTTERIE

ZIEHUNG AM 20. JANUAR 48

LOS PREISE
10 000 000
10 000 000
10 000 000

LOTTERIE
ZINNAMON
BERLIN W 4 - FRIEDRICHSTRASSE 22
BUNDESPOSTVERTRAGS-POSTSTÄMPELBERLIN 40

BERLIN

Seine Wirtschaft

Marokkanisches Eisenerz für die Ruhr

Aus Duisburg wird gemeldet, daß die erste Ladung Eisenerz aus Marokko in Spanisch-Marokko im Hafen Vlaardingen eingetroffen ist und zum Niederrhein weiterverfrachtet wurde. Man rechnet in der kommenden Zeit mit weiteren Eisenerzlieferungen aus Spanisch-Marokko.

Es handelt sich bei diesen Erzen um die sogenannten Rif-Erzen bei Mellilla, die vor dem Krieg für die Versorgung der europäischen Eisenindustrie eine große Rolle spielten. Die Rif-Erzen sind mit einem Eisengehalt von über 65% den anderen spanischen Eisenerzen weit überlegen. Der Eisenerzbergbau in Spanisch-Marokko, der vor dem Krieg durch steigende deutsche Bezüge einen Auftrieb erfahren hatte, hat unter den Rückwirkungen des Krieges noch mehr gelitten als die spanischen Gruben. Die Ausfuhr, die von 849 000 t im Jahre 1934 auf 1 425 000 t im Jahre 1947 gestiegen war, betrug 1938 1 342 000 t, 1939 1 038 000 t und 1940 nur noch 391 000 t. Der Aufschwung seit 1934 war im wesentlichen auf die deutschen Bezüge zurückzuführen, die sich vor dem Krieg auf folgende Mengen stellten:

1932	...	20 000 t
1934	...	208 027 t
1935	...	542 703 t
1936	...	302 282 t
1937	...	890 000 t
1938	...	742 602 t
1939	...	412 519 t

Daneben ging ein Teil der Rif-Erzen nach Spanien, Belgien, Frankreich, England und den Niederlanden. Im Verlaufe des Krieges mußten dann die Eisenerzgruben in Spanisch-Marokko wegen Absatzschwierigkeiten stillgelegt werden.

Aus London wird berichtet, daß die Doppelpreise kürzlich 3000 t kanadisches Aluminium zu einem Preis von 328 Dollar je t in Hamburg erhalten hat. Bis zum Ende des Jahres sollten weitere 3000 t eingeführt werden. Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß Deutschland vor dem Krieg der größte Aluminiumerzeuger der Welt war, und seine Stellung unter den besonderen Kriegsverhältnissen an die Vereinigten Staaten und Kanada abtreten mußte. Deutschland wäre auch unter den heutigen Umständen in der Lage, seinen Bedarf an Aluminium aus eigener Erzeugung zu decken, wenn dem nicht das Verbot der Alliierten, Primäraluminium in Deutschland zu erzeugen, entgegenstände.

Hamburg, Island wird auf Grund eines Vertrages mit den USA und England 70 000 t Fische für die Doppelpreise liefern.

Havanna-Konferenz

Die Delegierten beschlossen, die nächste Sitzung der Konferenz auf den 15. Januar 1948 einzuberufen.

Die USA-Delegation erklärte, daß sie die Konferenz verlassen werde, wenn kleine Mitgliedsstaaten weiterhin an der Anwendung von Import- und Exportquoten und anderen den Welthandel quantitativ einschränkenden Bestimmungen festhalten wollten; das uneingeschränkte Quotenystem würde einen Wirtschaftskrieg zur Folge haben, durch den besonders die Kleinststaaten am meisten betroffen würden.

Welt-Stahlproduktion

Washington. Die Vereinigten Staaten produzierten im Jahre 1947 nach einer Mitteilung der Fachzeitschrift „Iron Age“ 85 Mill. t Stahl, das ist etwa 57% der Weltstahl-Produktion. Die Weltgesamt-Erzeugung wird auf 148 600 000 t geschätzt.

Die Sowjetunion produzierte dieses Jahr schätzungsweise 21,8 Mill. t, Großbritannien etwa 9 1/2% der Weltproduktion, Frankreich 6,6 Mill. oder 4,4%, Deutschland erzeugte 1947 4,1 Mill. t oder 2,7%. Die Gesamtproduktion der übrigen Staaten betrug dieses Jahr 16,9 Mill. t oder 11,4%.

In England soll in nächster Zeit der Stahlpreis um 5 sh je Tonne erhöht werden.

Strategische Reserven für die Vereinigten Staaten

Die Notwendigkeit, bestimmte „strategisch wichtige Rohstoffe“, die in den Vereinigten Staaten nicht ausreichend vorhanden sind, einzuführen, wird nach einem Bericht des Unterkomitees für die Metallversorgung im Truman-Komitee für die Europahilfe den USA-Hilfsplan für Europa möglicherweise zu einem Teile illusorisch machen, berichtet das „Metal Bulletin“, London. Für einen nicht genannten Zeitraum wird die Einfuhr der folgenden Mineralien zum Aufbau der USA-Reservevorräte von dem genannten Komitee als notwendig erachtet: (alles in sh/t) Bauxit 1 900 000, Chromerz 155 000, Kupfer 80 000, Blei 75 000, Manganerz 265 000, Zinn 52 000 und Zink 40 000. Der Wert dieser Einfuhren und der Einfuhren noch einiger anderer mineralischer Rohstoffe wird wie folgt angegeben: (in 1000 Dollar) Bauxit 22 000, Chromerz 6150, Kohalt

Das Ausland:

3000, Columbit 670, Kupfer 32 000, Graphit 92, Blei 24 050, Manganerz 8090, Nickel 875, Tantalit 240, Zinn 119 400, Wolfram 4500 und Zink 8000. Diese Zahlen geben einen kleinen Einblick in die Absichten der USA-Regierung in bezug auf die Anlegung strategischer Reserven und die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Weltmetallmarkt, denn die genannten Mengen würden zusätzlich neben dem normalen Verbrauch dem Weltmarkt entzogen werden.

Im Zusammenhang mit der steigenden Stahlproduktion in den Vereinigten Staaten ist auch die Erzeugung von Molybdänkonzentrat in der letzten Zeit gestiegen. Sie wird für das dritte Vierteljahr 1947 mit 3604 t angegeben gegen 3277 t im Vierteljahresdurchschnitt 1946 und betrug im zweiten Vierteljahr 1947 3359 t und im ersten Vierteljahr 3442 t. Die USA sind der bedeutendste Molybdän-erzeuger der Welt, und die gegenwärtige Produktionshöhe übertrifft die höchsten Erzeugungszahlen der Vorkriegszeit. Von 2577 t MO-Inhalt war die amerikanische Produktion bis 1937 auf 13 344 t gestiegen. Erst in weitem Abstand folgten 1937 die anderen Erzeuger, so Mexiko mit 629 t, Norwegen mit 360 t und Französisch-Marokko mit 149 t. Die USA, die vor dem Krieg Molybdänkonzentrate ausfuhrten, sind heute nicht in der Lage, wesentliche Mengen an den Weltmarkt abzugeben.

Die auf der Pariser Konferenz der 16 am Marshall-Plan beteiligten Staaten aufgestellten Forderungen auf Lieferung von Stahl aus USA können von den USA nicht erfüllt werden, da dort ein erheblicher Stahlmangel herrscht. Andererseits haben sich die USA-Industriellen geweigert, die Produktionskapazität zu erhöhen. Von seiten der USA ist nun z. B. den europäischen Empfängerländern geraten worden, ihre Schiffbarkeit einzuschränken, um Stahl zu sparen. Zum Ausgleich werden USA-Schiffe, die z. Zt. ausliegen, zum Kauf angeboten. Dagegen haben die USA-Seelente-Gewerkschaften und die Seefahrtskommissionen mit dem Hinweis Einspruch erhoben, daß eine beträchtliche Arbeitslosigkeit unter den USA-Seelenten herrsche.

Die USA-Steinkohlenexporte beliefen sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 1947 auf 52,67 Mill. t und waren damit um 63% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, in dem sie 32,26 Mill. t betragen. Im Oktober wurde Steinkohle im Werte von 1,226 Mill. Dollar und im September im Werte von 1160 Mill. Dollar ausgeführt. Von Januar bis Oktober 1947 stieg die Steinkohlenförderung in den USA um 13%.

Die USA-Getreide-Exportquote für Februar 1948 wurde, wie das amerikanische Landwirtschaftsministerium bekanntgab, mit 1 011 428 t festgelegt. Die Gesamtstoffer teilt sich auf 644 956 t Weizen, 351 234 t Mehl und 15 240 t Hafer.

Die USA haben insgesamt 13 200 000 Pfund Fleisch für das erste Vierteljahr 1948 zugeteilt. Wie das Landwirtschaftsministerium bekanntgab, ist dies gerade ein Viertelprozent der Erzeugung der USA in diesem Zeitraum. An Europa sind für das erste Quartal keine Zuteilungen vorgesehen, obwohl vielleicht etwas mexikanisches Hüchsenfleisch geliefert werden wird.

Britische Kohlenförderung 1947

London. Nach einer Mitteilung des britischen Brennstoffministeriums fehlen nur 300 000 t zur Erreichung des Förderungszieles für 1947 von 200 Mill. t. Bis Ende Dezember des abgelaufenen Jahres wurden insgesamt 199,7 Mill. t Kohle gefördert, während die Förderung im Jahre 1946 nur 191,79 Mill. t betrug.

Frankreichs Außenhandel

Die Entwicklung des französischen Außenhandels in den letzten 6 Monaten zeigte das folgende Bild:

	Einfuhr Aus- u. Ober- land seegab. (in Mill. Franken)	Ausfuhr Aus- u. Ober- land seegab. (in Mill. Franken)
Juni	22 138	7 757
Juli	22 377	6 888
August	20 315	6 257
September	22 658	6 743
Oktober	21 796	8 581
November	20 641	8 663

Die Verbesserung der Handelsbilanz hat sich fortgesetzt; das Defizit sank von 11 201 Mill. auf 10 129 Mill. Fr.

Die Einfuhr aus dem Ausland ging zurück, was insbesondere auf eine Verkürzung der Nahrungsmittelfuhr von 535 Mill. und der Einfuhr an Industrie- und Rohstoffen von 550 Mill. zurückzuführen ist. Nur Ausrüstungsgüter für die Industrie sind in der Einfuhr von 2761 Mill. auf 2975 Mill. gestiegen.

Die Ausfuhr nach den fremden Ländern ist weniger zurückgegangen als der Einfuhrverkehr mit diesen. Dagegen hat

sich auf diesem Gebiet eine gewisse Strukturwandlung vollzogen, denn während die Ausfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln anwuchs, erlitt die Ausfuhr an Fertigwaren eine Kürzung um 800 Mill. Fr.

Ein von den Kommunisten eingereichter Antrag, das Gesetz zum Schutze der Arbeitsfreiheit abzuschaffen, wurde von der französischen Nationalversammlung mit 216 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

Schweizer Lebenshaltungskosten

Der Schweizer Lebenshaltungsindex zeigt im Monat November nur ein geringfügiges Ansteigen im Vergleich zum Oktoberstand. Auf der Basis Juni 1914 = 100 betrug dieser Anstieg 0,3 Punkte, und zwar von 222,7 auf 223 und auf der Basis August 1939 = 100, 162,3 auf 162,5. Der Großhandelspreisindex zeigte im November eine etwas größere Zunahme, und zwar stieg er auf der Basis Juni 1914 = 100 von 229,7 auf 231,5, während der Index auf der Basis August 1939 = 100 von 213,9 im Oktober auf 215,6 im November stieg.

Die passive Handelsbilanz der Schweiz zeigte im November ein weiteres Ansteigen von 150 Mill. Franken im Oktober auf 210 Mill. im November, wobei der Wert der eingeführten Güter um ungefähr 40 Mill. Franken auf 480,7 Mill. Franken stieg, die Exporte hingegen um 20 Mill. auf 270,5 Mill. Franken fielen.

Es ist in der letzten Zeit davon die Rede gewesen, daß in den Kreisen der schweizerischen Lebensversicherungsanstalten erwogen wird, ihren Versicherungsbestand in Deutschland abzugeben und in Verfolg dessen auch das bisher noch ruhende Neugeschäft nicht wieder aufzunehmen. Wie hierzu aus den Kreisen der Schweizer Gesellschaften verlautet, liegt es gegenwärtig nicht in ihrer Absicht, sich aus dem deutschen Geschäft zurückzuziehen. Die bisher geübte Zurückhaltung in dem Abschluß neuer Lebensversicherungsverträge beruhe in der Vorsicht, die die kommende deutsche Währungsreform gebiete. Wesentlich anders liegen die Verhältnisse in dem Sachversicherungsgeschäft, in das die schweizerischen Gesellschaften wieder eingetreten sind, wobei sie dies um so leichter tun konnten, als diese Branche gegenwärtig infolge der erheblich geringeren Kapitalakkumulation auf Sicht gesehen wesentlich geringere währungspolitische Risiken in sich schließt.

Seine Meinung

The Nation

Die angesehenere amerikanische Zeitschrift zitiert Staatssekretär Clayton, der die Möglichkeit eines zunehmenden Warenverkehrs zwischen West und Ost hervorhebt:

„William L. Clayton, Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten, betonte nach der Rückkehr von einer Europareise, daß die Möglichkeit eines zunehmenden Handelsverkehrs zwischen West und Ost besteht. In einer Pressekonferenz wies er darauf hin, daß, während die Wiedererrichtung der Komintern die politische Teilung Europas verschärfte, keine unüberwindliche Handelsbarriere aufrechterhalten werden könne. Er bestehe darauf, in keinerlei politische Diskussionen verwickelt zu werden, aber als Wirtschaftler fühle er sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß, falls eine normale Produktion wieder erreicht werden kann, die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa unvermeidlich sein würde, zumal sich diese Wirtschaftsgebiete vortrefflich ergänzen. Frankreich, das bereits einen Handelsvertrag mit Polen abgeschlossen hätte, stünde in Verhandlungen mit verschiedenen Ländern der russischen Einflusphäre. Holland habe Besprechungen mit Jugoslawien aufgenommen. Ein zunehmender Handelsaustausch zwischen West- und Osteuropa gereicht nicht nur den europäischen Nationen zum Vorteil, sondern auch dem amerikanischen Steuerzahler, der die Last der Durchführungskosten für den Marshall-Plan zu tragen hat.“

La Semaine Economique

Die sensationell wirkende Abwertung des Rubels findet in der französischen Wirtschaftspressen folgende Darstellung:

„Die «Semaine économique et financière» stellt fest, daß diese Abwertung in ganz verschiedener Weise die einzelnen sozialen Schichten berührt, sie behandelt die Sparer schonend, sie trifft den neuen Reichtum hart. Im Prinzip sollten vom 16.—29. Dezember 1947 die alten Rubel gegen neues Geld umgetauscht werden zum Kurs von 10 gegen 1. Vom 29. 12. an gilt der alte Rubel nicht mehr. Bis dahin behält er seinen vollen Wert.“

Die Löhne und Gehälter aber wurden unwesentlich zum alten Kurs in neuer

Währung ausbezahlt, Arbeiter und Angestellte von Kolchosen wurden also privilegiert. Die Sparer, die über Bankguthaben und Kontokorrentguthaben verfügen, konnten zum Kurs von 1 gegen 1 bis 3000 Rubel einlösen; zum Kurs von 2 gegen 1 von 3000 bis 10 000 Rubeln. Die Beträge, die den Sparern und den Kolchosen gehören, waren auf der Basis von 5 Rubel gegen 4 Rubel einlösbar.

Ähnlich soll mit den Staatsanleihen vorgegangen werden; die im Zusammenhang mit den drei 5-Jahresplänen aufgelegten Anleihen sollen zu 1 umgetauscht werden. Die Anleihe von 1947 wird nicht berücksichtigt. Die Auslandsanleihen werden ausdrücklich ausgenommen.

Das offizielle Communiqué, das von Stalin und Iwanow (dem Dauphin) unterzeichnet ist, erklärt, daß diese Entscheidungen über die Währung notwendig geworden waren, um in der UdSSR den Umlauf von falschen Noten zu unterbinden, die die Deutschen im Laufe ihrer Besetzung in gewissen Teilen der Sowjetunion ausgegeben hatten. Aber, so fragt das französische Blatt, warum hat man 3 Jahre gewartet, ehe man diese Prozedur durchgeführt hat? Dieser Grund kann nicht die wahre Ursache sein. Wenn die Ausgabe von „schwarzen“ Rubeln der Grund ist, so hat er eine andere Ursache.

Die offiziellen Verlautbarungen sehen einen anderen Beweggrund voraus: nämlich die verbotenen Gewinne, die von Spekulanten während des Krieges aufgekauft worden sind, oder den Reichtum, der namentlich auf dem Lande angehäuft worden ist, zu sterilisieren. Es handelt sich also darum, eine außerwöhnliche Kaufkraft zu besitzigen, deren kommt die kommunistische UdSSR wieder zu den gleichen Methoden wie die kapitalistischen Länder.

Business Week

Zu der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemaligen baltischen Staaten, die sich mehr und mehr der UdSSR angeschlossen, schreibt dieses Blatt:

„Rußland führt fort, das wirtschaftliche und kulturelle Leben in all den Ländern, die es seit dem Krieg übernommen hat, zu absorbieren. Durch die Schaffung von Kollektivfarmen ist diese Entwicklung in den baltischen Sowjetstaaten noch beschleunigt worden. Noch herrscht in Estland, Lettland und Litauen, wo vor etwa sieben Jahren der Großgrundbesitz unter die Kleinbauern aufgeteilt worden ist, die Privatwirtschaft vor. Aber es herrscht kein Zweifel, daß dieses System allmählich durch die Kollektivwirtschaft abgelöst wird. Die Kollektivwirtschaften genießen die Unterstützung des Staates und werden mit den entsprechenden landwirtschaftlichen Geräten und Traktoren ausgerüstet. Früher oder später wird der Kleinbauer gezwungen werden, sich diesem System anzuschließen. Die heimische Industrie ist ebenfalls sehr gefördert worden. Im Rahmen des Fünfjahresplanes sind in den baltischen Hafenstädten große Kräne montiert worden, so daß die Verladekapazität gegenüber dem Vorkriegsstand um das Fünffache gestiegen ist.“

Politiken

Die Kopenhagener Zeitung äußert sich skeptisch zu den optimistischen Erklärungen, die der Präsident des dänischen Landwirtschaftsrates, H. Borch, über den dänischen Landwirtschaftsexport abgab. Wenn Hauch sagt, daß ein beträchtlicher Export in Dollars bezahlt worden sei, so herrsche doch der Eindruck vor, daß bald ein wachsender Teil des dänischen Imports in allem möglichen Krimskrams bestehen werde, wie Dänemark ihn selber bis zum Übermaß herstelle.

„Die europäischen Dollarquellen“, schreibt „Politiken“, „verrinnen schnell. Das, was uns fehlt, ist, in dauernde Verbindung mit Märkten zu kommen, die uns nützliche Gegenstände ihrer eigenen Produktion liefern können, oder deren Zugang zum Dollar nicht zufälligen Charakter hat. Nicht der Kronenbetrag, den wir für unsere Waren bekommen, ist entscheidend, sondern das, welche Waren wir dafür im Ausland kaufen können. Das alte Abkommen mit England war vor allem deshalb nicht gut, weil es unsere Preise an ein bestimmtes Niveau band, die Engländer aber nicht daran hinderte, die ihren in die Höhe gehen zu lassen. Die unglückselige Wahrheit ist aber hauptsächlich in der Tatsache zu finden, daß eine hungernde Welt teure Lebensmittel nicht so hoch einschätzt wie billige. Hungrige Menschen bitten um Brot, nicht um Bacon.“

Aber die Lage wird sich wieder ändern, und an dem Tag, an dem es geschieht, d. h. wenn die Menschen einigermaßen satt sind und das Getreide wieder zu Gunsten veredelter Landwirtschaftserzeugnisse wie Butter und Bacon im Preise fällt, dann werden mehrere dem englischen Markt ihre Angebote machen. Der Wettbewerb wird hart werden. Wir können nicht andauernd zu Preisen verkaufen, zu denen die anderen Lieferanten Englands nicht liefern können, und wir können uns nicht davor hüten, daß die Preise für englische Waren für Dänemark umgebildet steigen können, während unsere Preise in einem langfristigen Abkommen verankert werden.“

Sovrompetrol in Rumänien

Mangel an Bohrmaterial und Fachkräften

Rumänien nahm im Jahre 1938 in der Welt die Rangliste der petroleumsfördernden Länder mit 2,63% der Weltproduktion den sechsten Platz ein; im Jahre 1944 stieg es auf 1,6% nur noch an neuer Stelle. Diese Verschiebung ist vor allem das Resultat des schwerwiegenden Niederganges der rumänischen Erdölindustrie.

Die gesamte rumänische Ölmenge sank von 8,70 Mill. t (1936) auf 4,25 Mill. t (1946), nachdem im Jahre 1944, dem Jahre der Kapitulation Rumäniens, der Tiefstand von 3,35 Mill. t erreicht worden war. Trotz dem erschreckenden Förderungsrückgang bleibt Rumänien neben der Sowjetunion das wichtigste Erdölland Europas. Die Erdölgebiete Ungarns, Österreichs, Albanien und Polens (das nach der Abtrennung Ostgaliziens an die UdSSR nicht mehr als Erdölland anzusprechen ist), förderten im Jahre 1946 gemeinsam nur 0,65% der Weltproduktion, was etwa der Ausbeute Persiens entspricht, das in der Liste der Weltproduzenten an 13. Stelle steht.

Ölquellen mit noch so geringer Ausbeute, lassen aber heute niemand mehr gleichgültig. Der russische Ölmarkt, auch in Europa, ist zur Genüge bekannt. Die im vergangenen Jahre nach Bukarester Berechnungen in Europa (außer Rußland) geförderten 5,8 Mill. t Öl würden gerade ausreichen, um den Rückfall Rußlands in der Ölproduktion — er wurde 1946 auf 6 Mill. t geschätzt — auszugleichen und den bedürftigen russischen Markt zu ergänzen. Geling es den Russen, sich schlagartig in den Besitz der Ölquellen von Zistersdorf und der galizischen zu setzen, so verneigen sie in Rumänien ihren Griff zu versteinen. Durch geschäftliche Beteiligung und „Politisierung“ der Ölwirtschaft (mit Hilfe der Regierung) drängen sie die bisherigen „westlichen“ Bewirtschafter in eine Lage, die ihre führende Stellung als bedroht erscheinen läßt.

Während des Krieges sind in Rumänien keine Zahlen über seine Ölwirtschaft bekanntgegeben worden. Die jetzt im „Moniteur Petrolier Romanesc“ veröffentlichten Angaben ergänzen das lückenhafte Bild in der vergangenen Dekade (in 1000 t):

Jahr	Förder.	Exp.	Inland-Verbr.	In %	Bohrung	Ertrag
	1000 t	1000 t	1000 t		1000 m	1000 m
1934	8704	4880	—	—	329	26,5
1936	6410	4495	1674	27,3	288	22,9
1941	5453	4072	1891	44,5	—	—
1942	5645	3374	2097	42,1	144	14,5
1944	3225	2114	1199	37,4	147	20,3
1945	4680	3172	1444	45,5	160	29,3
1946	4250	2271	1600	70,5	127	33,4
1947	528	440	370	84,1	23	19,2

Januar-März

Nach Ansicht der Ölexperten, wäre es unschwer, die rumänische Erdölförderung, die nach der Statistik 59% des letzten Vorkriegsjahres nicht übersteigt, wieder hochzuschrauben. Die Gründe des allmählichen Herabsinkens liegen, im allgemeinen gesehen, in der strengen Abkapselung der rumänischen Ölwirtschaft vom Westen. Es fehlt vor allem an Bohrmaterial, Rohren, Winden und Instrumenten, die nicht herbeigeschafft werden können, weil alle Versuche der großen (ausländischen) Gesellschaften, ernsthaft zu exportieren, bisher fehlgeschlagen. Ohne Devisen können aber keine Einkäufe gemacht werden. In normalen Zeiten pflegten die Erdölgesellschaften 40 bis 50 000 t Bohrmaschinen und Geräte einzuführen. Abgesehen davon, daß der Erdölmarkt im Jahre 1944 nach Angaben eines Berichtes der „Astra Romana“ verschiedenes Material, insbesondere Bohrmaschinen, im Gewicht von 51 000 t und im Werte von 21 Mill. Dollar entzogen worden ist, konnte in den vergangenen drei Jahren insgesamt nur 7000 t Ersatzmaterial importiert werden. Außerdem herrscht Mangel an fähigem technischem Personal, das die Bohrtätigkeit ankurzeln könnte, denn Ingenieure, selbst alliierter Nationalität, erhalten keine Einreisegenehmigung. Statt dessen macht sich eine allgemeine Bürokratisierung hemmend bemerkbar. Die Erdölindustrie hat in den letzten Jahren bei dem allgemeinen Produktionsrückgang

ihre Arbeiterschaft verdoppelt, die Zahl der Besetzten aber hat sich vervierfacht. Eine ständige Verschlechterung der finanziellen Lage der Unternehmungen ist zu verzeichnen: alle Gesellschaften arbeiten mit erheblichen Verlusten, mit einer Ausnahme, der rumänisch-russischen „Sovrompetrol“.

Zehn Mill. t Erdölproduktion innerhalb acht (ursprünglich sechs) Jahren soll Rumänien als Teil der Reparationslieferungen an Rußland abgeben, zusätzlich die Lieferungen, die in besonderen Handelsabkommen vereinbart wurden. Im vergangenen Jahr sind über die Hälfte seiner gesamten Förderung auf Breitspur verladen worden, davon 18,03% des Gesamtexportes auf Grund des russisch-rumänischen Handelsvertrages, 77,37% auf Grund des Waffenstillstandsabkommens. Gegenüber dem russischen Anteil am Export (95,4%) spielt die Ausfuhr nach den anderen Ländern kaum noch eine Rolle. In der Liste figurieren noch die Tschechoslowakei (1,98%), Polen (1,07%), Bulgarien (0,25%) und Ungarn (0,05%). Westeuropäische Länder fehlen. Wenn die Meldung stimmt, daß eine neue, 250 km lange Ölleitung von Ploesti nach dem russisch-rumänischen Grenzfluß Pruth in Ban oder bereits in Betrieb sei, dann wäre durch die umfangreiche Investition dargetan, daß die Russen nicht mit einem vorübergehenden, sondern mit einem dauernden Genuß des rumänischen Öls rechnen.

Mit Mißvergügen sehen die früheren Hauptbewirtschafter der rumänischen Ölverkommen, vor allem die Engländer und Amerikaner, daß die Russen, sich mit der geschäftlichen Beteiligung einen dauernden Platz an der rumänischen Ölstränge sichern wollen. Zwar verfügen die englisch-holländische „Astra Romana“, die amerikanisch-rumänische „Romana Americana“ und die englisch-französische „Steaus Romana“ noch gut über die Hälfte der Landesproduktion, doch tritt die im Jahre 1945 gegründete sowjetisch-rumänische Gesellschaft „Sovrompetrol“ nicht nur als Erbe des ehemaligen „deut-

chen Eigentums“ auf, sondern sie genießt auch besondere Vorteile als Produzent und als Großkaufmann. Sie beherrscht heute mehr als 30% der rumänischen Produktion. Die Schlüsselposten des Unternehmens sind in russischer Hand, russisch sind auch 70% der Aktien. Nach dem Londoner „Economist“ genießt die „Sovrompetrol“ verschiedene Vorteile. So hat die Regierung dieser Gesellschaft als Entschädigung für die in den Jahren 1945 und 1946 durch das Kriegsgesetz entstandenen Verluste vier Millionen Dollar bezahlt! Der Erlös des russischen Aktienkapitals wird in Dollar ausbezahlt. Schließlich ist der „Sovrompetrol“ das Recht eingeräumt worden, 70 000 t Erdölprodukte zu exportieren, damit sie im Ausland Bohrmaterial und Ausrüstungsgegenstände einkaufen können. Gegenüber diesen Vorrechten, die die „Sovrompetrol“ auch hinsichtlich des Schlichtrechtes, der Steuern usw. genießt, sehen sich die „fremden“ Gesellschaften stark benachteiligt. Sie stellen fest, daß große Verluste der Gesellschaften zur Regel geworden seien. Die Industrie leide unter dem Zwang — da der Fiskus einen zu niedrigen Verkaufspreis festgesetzt habe — die Erdölprodukte unter dem Weltmarktpreis zu verkaufen. Alle Lieferungen würden zu den Preisen von 1938 verrechnet. Dabei liege ein Steigen der Selbstkosten vor. 66% der Erdölprodukte würden von der Regierung aufgekauft.

Von der Regierungskommission, die Ende Januar 1947 eingesetzt worden war, um den Zustand der Erdölindustrie zu prüfen und eine Angleichung der verschiedenen Gesichtspunkte herbeizuführen, hört man indessen nichts mehr. Zwar stand in dem, im Juni verkündeten neuen Wirtschaftsprogramm die Steigerung der Erdölproduktion im Mittelpunkt — sie sollte bis Dezember 1947 auf 425 000 t anwachsen — auch hat die Regierung Verhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei aufgenommen, um von dort Bohrmaterial einzuführen, doch scheint, im Ganzen gesehen, der Vertriebsstandard auch weiterhin in weite Ferne gerückt zu bleiben. Es bleibt abzuwarten, ob der inzwischen in Kraft getretene Friedensvertrag an dieser Situation etwas ändern wird, ob dann die Ölquellen von Ploesti, auch für den Westen fließen werden.

Kalte Nationalisierung der Kohle

Entschädigungslose Beschlagnahme bei Stilllegung belgischer Zechen

Die Zahl der in Belgien in Betrieb befindlichen Bergwerke ist in den letzten Jahren von 93 auf 84 zurückgegangen. Finanziell kritisch ist die Lage im Kohlenrevier. Die Ausgleichskasse, die nach dem Kriege eingeführt wurde und in die vom autorisierten Kohlenverkaufspreis ein gewisser Prozentsatz floß, um die schwach gewordenen Gruben über Wasser zu halten, war nur ein Notbehelf. Diese Ausgleichskasse funktionierte bis Ende Juni d. J. Anschließend wurden die Kohlenverkaufspreise erhöht. Aber durch eine Lohnanpassung wurde der Mehrerlös wieder abgeschöpft und die Finanzlage der Zechen verschlechterte sich mehr und mehr.

Aus dem Lütticher Revier kommen nun Gerüchte, die von bevorstehenden Stilllegungen von Bergwerken wissen wollen. U. a. soll sich die Verwaltung der 829 Hektar großen Zeche Gosson-La Haye-Horlog Réunis, die monatlich 25.000 Tonnen fördert, mit dem Gedanken der Stilllegung des Betriebes tragen. Die Gerüchte fanden noch keine Bestätigung, werden aber in Zechenkreisen als nicht unwahrscheinlich angesehen. Wie seinerzeit an dieser Stelle nachgewiesen, sind die Selbstkosten der Zechen stark gestiegen, aber verschieden von Revier zu Revier. Bei gut fundierten Unternehmungen stellen sie sich auf etwa 500 Bfr. je Tonne geförderter Kohle, bei anderen aber schwanken dieselben zwischen 800 bis 900 Bfr. Und der Kohlenverkaufspreis beträgt im Durchschnitt 640—Bfr. die 1000 kg.

Verschiedene Möglichkeiten zur Unterstützung der notleidenden Zechen sind in Erwägung gezogen worden, so eine Erhöhung der Kohlenpreise für Lief-

rungen an die Schwerindustrie und die Stromerzeugung, ferner eine Abgabe von 250 Bfr. je Tonne für die Verbraucher von amerikanischer Anthrazit-Kohle. Die Mehrerlöse sollten der wieder einfließenden Ausgleichskasse zur Verfügung gestellt werden. Diese Vorschläge wurden von der Zechendelegation abgelehnt, mit der Begründung, die Unterstellung sei nicht ausreichend um das Defizit von 800 Mill. Bfr. zu decken. Sie forderte eine allgemeine Erhöhung der Kohlenpreise, was aber von der Regierung abgelehnt wurde. Auch die Ansicht der staatlichen Dienststellen im April 1946 werde die tägliche Förderung 100.000 Tonnen betragen und die Lage im Bergbau wieder normal, wurde von der Delegation verworfen; sie erklärte, diese Ziffer könne erst im Oktober 1948 erreicht werden.

Während die Verhandlungen auf der Stelle traten, kamen die erwähnten Gerüchte aus dem Lütticher Kohlengebiet. Sie werden von der Regierung als übertrieben und als einen Druck auf die Regierung bezeichnet. In Anbetracht der aussichtslosen Verständigung hat nunmehr der sozialistische Minister für Kohle und Energie im Parlament eine Gesetzentwurf eingebracht, die die Kompensationspflicht unter den Zechen vorsieht. Die Stilllegung von Zechen wäre, so heißt es in der Präambel, in einem Augenblick, wo alle Anstrengungen für den Wiederaufbau notwendig sind, ein Unglück für das Land. Nach der Vorlage sind die mit Gewinn abschließenden Bergwerke verpflichtet, einen noch festzusetzenden Prozentsatz vom Reingewinn (man spricht von 35 Prozent) an eine Ausgleichskasse abzuführen, um die Gruben in Betrieb zu halten, deren Produktion für die Versorgung des Landes unerlässlich ist. Die Vorlage sieht ferner vor, daß im Falle wo Zechen die Arbeit einstellen, die Koncession, einschließlich Einrichtungen und Gebäulichkeiten, ohne irgendwelche Entschädigung, zu Gunsten des Staates beschlagnahmt werden können.

In Zechen- und Finanzkreisen und insbesondere in den Schichten der Bevölkerung, die Wertpapiere der Bergwerke besitzen, herrscht große Unruhe. An der Effektenbörse sind die führenden Kohlenpapiere schwächer geworden. Manche Kreise sehen in der Vorlage eine Gefährdung des Bergbaus überhaupt, weil durch die staatliche Intervention eine Behinderung der Wurzeln des Übels durch eine radikale Erhöhung der Kohlenförderung nicht als wahrscheinlich gilt. Sie machen die drakonische Reglementierung der Regierung in Sachen des Bergbaus für die jetzige Lage verantwortlich. Sie sehen nur die Lösung des Problems in einer Erhöhung des Kohlenverkaufspreises und in der Wiederaufnahme des Exportes, der aber die Regierung nicht gestattet. Die „Libre Belgique“ ist der Ansicht, die Vorlage sei die erste Stufe zur Nationalisierung des belgischen Kohlenbergbaues.

Käserationierung in Dänemark?

Die Folge zu grosser Exportverpflichtungen

In Dänemark wird im Laufe der kommenden Monate ein fühlbarer Käsemangel erwartet. Man rechnet nach Neujahr mit einem Sinken der Bestände (heute sind etwa 2 Mill. kg auf Lager) bis auf die Hälfte des Bedarfs. Möglicherweise wird demgegenüber eine drastische Umlegung auf mageren Käsearten erfolgen. „Politiken“ zufolge beschäftigt man sich im Handelsministerium mit dergleichen Erwägungen, wobei auch der Gedanke einer Käserationierung mitbestanden werde.

Die direkte Ursache zu der bevorstehenden Beschränkung des Käseverbrauchs ist in dem Umstand zu suchen, daß das Land zu einem größeren Export gezwungen ist als es tatsächlich leisten kann, falls nicht der Verbrauch entschieden gesenkt wird. Die schlechte Ernte hat auch eine Verringerung der Käseerzeugung zur Folge gehabt. Den durch den Käsexportausbruch zustandekommenden Verträgen zufolge hat Dänemark im Laufe des Winters und des Frühjahrs ca. 6 Mill. kg Käse zu ver-

schiedene Länder zu liefern. Ein nicht geringer Teil davon ist bereits überfällig, da mit dem Sinken der Erzeugung der Export erheblich zurückgegangen ist. So mußte Dänemark der russischen Regierung mitteilen, daß es sich nicht instande sehe, die vereinbarten Lieferfristen einzuhalten. Neue Verträge in den Lieferungen sollen vermieden werden.

Im ersten Vierteljahr 1947 belief sich der inländische Verbrauch auf etwa 10 Mill. kg. Im kommenden Januar-Vierteljahr kann bei Beibehaltung der jetzigen Qualität nur mit der halben Menge gerechnet werden. Darum sieht man eine Umlegung der Produktion auf mageren Käsetypen in Betracht, evtl. ein Verbot der vollfertigen 40—45%igen Käse, die gegenwärtig etwa 70% des Verbrauchs ausmachen.

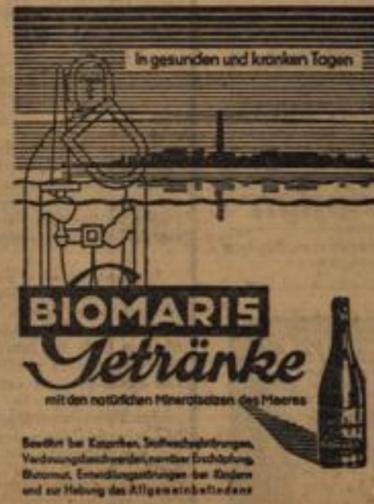
Die Erwägungen über eine Rationierung haben noch keine feste Form angenommen. Fest steht nur, daß der Käseverbrauch irgendwie beträchtlich reduziert werden wird.



Arctic
das berühmte
Winteröl

Wieder wie vor dem Kriege: dieselben Rohstoffe und das gleiche Verfahren der Doppel-lösungsmittel-Raffination ergeben die gleichbleibende hochwertige Qualität

DEUTSCHE VACUUM OEL AKTIEN-GESELLSCHAFT, Hbg.



In gesunden und kranken Tagen

BIOMARIS
Tetränke

mit den natürlichen Mineralisaten des Meeres

Besitzt bei Kopfschmerzen, Zahnschmerzen, Verdauungsstörungen, nervöser Erregung, Bluthochdruck, Ermüdungsstörungen bei Kindern und zur Hebung des Allgemeinbefindens



HENKEL

Wächter der Reinlichkeit · Hüter der Gesundheit

HENKEL & CO. GMBH. DÜSSELDORF

PERFILWERKE

150 JAHRE
Haus der Postkutsche



In dem Bemühen, jederzeit während in der Herstellung von

KÖRPERPFLEGEMITTELN
PARFÜMERIEN
FEINEN SEIFEN

zu sein, hat MOUSON in anderthalb Jahrhunderten Vorbildlich es gelernt.

MOUSON

1798 1948



Suche...

Ihr meinen ausgezeichneten Kundenkreis Briefmarkensammlungen zu kaufen. Besonders: Klassische Marken, Jubiläum- und Weiblichkeits, Zepplin-Ausgaben aller Welt, USA. in bester Erhalt.

H. J. HOLLER
Fachgeschäft f. Briefmarken
WIESBADEN, Michelberg 4

Der Südosteuropa-Markt /

Der Balkan ist schon in der Zeit der Weimarer Republik einer der besten deutschen Auslandsmärkte gewesen. Seit dem handelspolitischen Rückzug des „Dritten Reiches“ von bestimmten Überseemärkten mit dem Ziel einer Intensivierung des kontinental-europäischen „Großwirtschaftsraumes“ und der Erringung einer krisenwirtschaftlichen „Autarkie“ hat der Südosteuropa-Markt eine geradezu beherrschende Rolle im deutschen Außenhandel gespielt.

Das Balkan-„Export-Sortiment“

So stieg der deutsche Außenhandel mit Südosteuropa auf der Einfuhrseite von 315,7 Mill. im Jahre 1938 auf 552 Mill. im Jahre 1939 und auf der Ausfuhrseite von 221,5 Mill. im Jahre 1938 auf 696 Mill. im Jahre 1939. Der prozentuale Anteil Deutschlands an der Einfuhr und Ausfuhr der Balkanstaaten im Jahre 1939 betrug bei der Ausfuhr Bulgariens 63,5%, bei der Einfuhr 57,8%, bei der Ausfuhr Jugoslawiens 50,1%, bei dessen Einfuhr 49,9%, bei der Ausfuhr Ungarns 50%, bei dessen Einfuhr 48,7%, bei der Ausfuhr Ruminiens 35,7% und bei dessen Einfuhr 19,4%. Interessant ist das nach dem Balkan gelieferte deutsche „Export-Sortiment“, das vom Jahr 1936 auf im Jahr 1939 bei folgenden Warengruppen in Prozent des Anteils der Industrieländer an der deutschen Fertigwarenausfuhr anstieg: bei Eisenbahnbauelementen von 17 auf 21,3%, bei Dampflokmaschinen von 9,9 auf 5,5%, bei Werkzeugen und landwirtschaftlichen Geräten von 7,8 auf 11,5%, bei landwirtschaftlichen Maschinen von 1,7 auf 21,9% und bei Werkzeugmaschinen von 7,6 auf 12,8%.

Bulgarien

Bulgarien war zweifellos dasjenige der Balkanländer, dessen Wirtschaft am engsten mit Deutschland verflochten war. So stieg der deutsche Prozentsatz an der Gesamteinfuhr nach Bulgarien von 52% im Jahr 1938 auf 71,5% im Jahr 1941 und der Prozentsatz der Gesamtausfuhr von 58,9% im Jahr 1938 auf 70,5% im Jahr 1941. Folgende deutsche Waren nahmen nachstehenden Prozentsatz der bulgarischen Wareneinfuhrgruppe im Jahre 1939 ein: chemische Erzeugnisse 56%, Medikamente 88%, Metalle und Metallwaren 62%, Leder und Ledererzeugnisse 92%, Kraft- und Eisenbahnen 72,2%, Maschinen, Apparate und Werkzeuge 77,8%. Heute ist die Wirtschaft Bulgariens mit der Sowjetunion fast völlig verknüpft; denn 90% der bulgarischen Importe fallen auf Rußland, während 75% aller bulgarischen Exporte von der UdSSR im Zusammenhang mit dem Reparationsplan beschlagnahmt wurden. Doch ist die bulgarische Handelsgesellschaft in Berlin, die Bulgarische Torgova AG, bestrebt, Eisenbahnbaumaterial, Maschinen aller Art, Elektroausrüstungen, Radiomaterial, optische Geräte und Werkzeuge, Schweiß- und Biermaschinen, Arzneimittel und Chemikalien wieder aus Deutschland zu erhalten.

Ungarn

Neben Bulgarien war es vor allem Ungarn, dessen aufstrebende Industrie und intensivere Landwirtschaft mit dem deutschen Markt am engsten verbunden waren. Im Jahr 1943 gingen 99% der ungarischen Einfuhr nach Deutschland gegen 55% im Jahr 1942 und 60% im Jahr 1941. Bei der Einfuhr blieb der deutsche Anteil gegenüber dem Vorjahr mit rund 52% unverändert. Auch im Wirtschaftsrang Ungarns ist eine enge Verknüpfung von Industrie und Landwirtschaft mit der Sowjetunion festzustellen, trotzdem es seine Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei, mit der Schweiz, mit Österreich, Polen, Italien und neuerdings auch mit Deutschland aufrecht erhalten versucht. Die Schifffahrt- und Luftfahrtgesellschaften sind in ungarisch-russische Konzerns umgestaltet und die Verkehrswesen nach Osten zu orientiert. Ungarisch-russische Mineralgesellschaften liefern die Masse der ungarischen Produktion nach dem Osten und auch der alte Bauexport nach Mittel- und Westeuropa hat neue Wege gegen die Sowjetunion zu einschlagen. Doch ist man im ungarischen Wirtschaftsministerium bestrebt, aus zwingenden Gründen Maschinen und Erzeugnisse wieder aus Deutschland zu erhalten, vor allem für Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen, Druckerei-, Schweiß- und Rechenmaschinen sowie Werkzeuge aller Art.

Jugoslawien

Jugoslawien war ebenfalls in den letzten Jahren vor dem zweiten Weltkrieg eng mit dem mitteleuropäischen Wirtschaftsrang verbunden. Der neue „Fünfjahresplan“ Marshall Titos erstreckt eine Industrialisierung des Landes auf breiter Grundlage und einen gesteigerten wirtschaftlichen Anschluss an die Sowjetunion. Daneben sollen allerdings die großen Grubenbetriebe von Bor und Trepsa durch britisch-amerikanisches Kapital weiter entwickelt und die sonstigen wertvollen Montanvorkommen wie Zink, Silber und Blei stark gefördert werden. Ein schweres Hemmnis für die Industrialisierung Jugoslawiens stellen die mangelhafte Verkehrserschließung und die unzureichende Kapitalbildung dar. Es ist sehr fraglich, ob Jugoslawien seine großen Industrialisierungsoptionen ohne die westlichen Kapitalmärkte zu erreichen vermag. Da der jugoslawische Markt an Maschinen und Werkzeugen eng mit Deutschland verbunden ist, dürfte der Zwang zum

Wirtschaftliche Klammer zwischen Ost und West

und Bulgariens Bestrebungen im Gange, nicht nur die Industrieerzeugnisse des Massenbedarfs wieder aus den alten Lieferländern, und zwar sowohl aus der deutschen Ostzone wie den deutschen Westzonen zu beziehen, da die benötigten Spezialmaschinenteile nur von dort aus zu beschaffen sind. So wirkt sich der Südosteuropamarkt zu einer wirtschaftlichen Klammer zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Ost- und Westeuropa aus. Auch für den Fall, daß die russische Industrie sich von ihren Kriegsschäden wieder erholt und die Balkanmärkte mit Massengüterwaren versorgen kann, dürfte für die mittel- und westeuropäische Industrie immer noch ein aufnahmefähiger Sektor des Balkanhandels übrigbleiben, nämlich das Export-Sortiment höchstqualifizierter „Leipziger Messewaren“, die Spitzen-Erzeugnisse des deutschen Maschinenbaus und die Spezialprodukte der chemischen Industrie. Bei einer vernünftigen handelspolitischen Synthese zwischen West- und Osteuropa müßte sich also sehr wohl ein Weg finden lassen, um den Balkanmarkt zwischen friedlichen Konkurrenten zum Besten des europäischen Lebensstandards aufzuteilen. Sch.

Bezug von Ersatzteilen im Sinne einer Wiederaufnahme des deutsch-jugoslawischen Handelsverkehrs wirken.

Die Ost-West-Synthese

Die wirtschaftliche Eingliederung der Balkanländer in einen europäischen Ostblock und ihre Abschirmung von den alten Wirtschaftspartnern in Mittel- und Westeuropa würde der wirtschaftlichen Erholung des europäischen Kontinents schwere Hemmnisse in den Weg legen. Vor allem die in zwei Jahrzehnten auf den Balkan gelieferten westeuropäischen Werkzeuge, Maschinen und Werkzeugausrüstungen müßten eine baldige Wiederaufnahme des Güterausstausches des Südostens mit dem Nordwesten bedingen, zumal auch auf den nordwesteuropäischen Lebensmittelmärkten ein großer Bedarf nach den Erzeugnissen des Balkans besteht. Rußland ist augenblicklich nicht in der Lage, vor allem die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen und Industrieanlagen aus Balkan zu decken. Darum sind vor allem in Ungarn

Vom internationalen Handel

Rußland — England

Zwischen Großbritannien und Rußland ist ein Handelsabkommen unterzeichnet worden. Danach wurde L. ein Austausch von 650 000 t russischer Futtermittel gegen britische Maschinen vereinbart; 2. verzichtet England auf 4 Mill. Pfund des englischen 145-Millionen-Pfund-Kredits an Rußland; 3. ist ein vierjähriges Moratorium der restlichen Zahlungen aus diesem Kredit, eine Ausdehnung der übrigen Ratenzahlungen von 5 auf 12 Jahre und eine Zinsherabsetzung von 2 auf 1 1/2% vereinbart worden.

England — Tschechoslowakei

Nach den erfolgten Handelsbesprechungen in Moskau, die einen lebhaften Widerhall fand in der gesamten britischen Presse gefunden haben, hat der britische Handelsminister Wilson erklärt, daß zweiseitige Wirtschaftsverhandlungen zur Behebung der Ernährungskrise in Großbritannien unerlässlich seien. In diesem Zusammenhang gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß demnächst auch mit der Tschechoslowakei Besprechungen zum Abschluß eines Handelsvertrages aufgenommen werden könnten.

England — Japan

Der vom Hauptquartier General Mac Arthur gemachte Vorschlag, den privaten Handel zwischen Japan und dem britischen Commonwealth wieder aufzunehmen und zwar in einem Rahmen, der das Risiko, für die freien Spigen Pfund Sterling in Dollar konvertieren

zu müssen, auf jährlich 100 000 Dollar beschränkt, wurde von Großbritannien abgelehnt. Die Dollarverkappung im Commonwealth ist für diese Ablehnung verantwortlich zu machen.

Dänemark — England

Auf einen von „Daily Express“ kürzlich abgedruckten Artikel, in dem die dänischen Preisforderungen für die dänischen Landwirtschaftserzeugnisse als exzessiv hingestellt wurden, antwortet der Pressesatteld der Londoner dänischen Botschaft, Aagaard, in einer Zeitschrift an die Londoner Zeitung, die die dänischen Gesichtspunkte für die Wirtschaftsverhandlungen mit England wiedergibt. Das Thema Kohle-Butter ist darin folgendermaßen dargestellt: 1938 erhielt Dänemark 95 Pfd. Kohlen für 1 Pfund Butter. Heute bringt 1 Pfund Butter nur 46 Pfd. Kohlen ein. Vor dem Kriege bekam Dänemark 17 Pfund Ölkuchen für 1 Pfund Butter, heute nur 1 Pfund.

Frankreich — Österreich

Das Zahlungs- und Warenstauschabkommen zwischen Österreich und Frankreich wurde erneuert und läuft bis 10. November 1948. Der Vertrag, auf neuen Warenlisten aufgebaut, ist ein Clearingvertrag, sieht aber für Ausnahmefälle auch Kompensationen vor. Nach der österreichischen Statistik betrug die Einfuhr aus Frankreich in den ersten drei Vierteljahren 1947 etwa 40 Mill. Schilling, die Ausfuhr darhin 23 Mill. Schilling. In der österreichischen Einfuhr

Außenhandels-Erleichterungen für die Doppelzone

Die Einfuhr in die vereinigten amerikanischen und britischen Zonen soll jetzt — wie der Leiter der Außenhandelsabteilung der Hauptverwaltung für Wirtschaft, Dr. Volz, freierberuflicher Wirtschaftsprüfer, vor Pressevertretern mitteilte — von der Hauptverwaltung durchgeführt und mit der Industrie- und Handelsabteilung des Zweimächte-Kontrollamtes abgestimmt werden. Entsprechende Verhandlungen wurden bereits mit der Tschechoslowakei, die u. a. 5000 Güterwagen liefert, mit Luxemburg und Brasilien aufgenommen. Auch die Einleitung der Ausfuhrerleichterungen durch deutsche Stellen ist geplant; nur der Deviseneingang soll dann durch die Besatzungsmächte nachgeprüft werden. Zur Erleichterung der Abschlüsse können interessierte Staaten in den vereinigten Zonen Konsulate einrichten.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1947 sind für 165 Millionen Dollar Waren ausgeführt worden, wovon 55% auf Kohle und 19% auf Holz entfallen. Hauptabnehmer waren England mit 17,9%, Österreich mit 10,3%, Frankreich mit 10,2%, Holland mit 10,1%, Luxemburg mit 9,5%, Belgien mit 6,9% und Dänemark mit 6%, auf die Vereinigt. Staaten entfielen nur 2,7%. Der Ausfuhrerleichterung dient lediglich der Einfuhr industrieller Rohstoffe. Da es den Abnehmerländern meist an Dollarbeträgen mangelt, wird Gegenlieferung von Waren angestrebt. Für die Einfuhr von Lebensmitteln stehen Sonderkredite zur Verfügung.

Dollar für Bremer Schiffsmakler

Der Bremer Schiffsgüterverkehr steht ab 1. 1. 48 ein Fonds von 10 000 Dollar zur Verfügung, durch den ihnen die Beförderung ausländischer Schiffe in friedensmäßigem Umfang ermöglicht wird. Der Betrag, der bei der American Express Co. gutgeschrieben ist und durch die JEIA nach langem Verhandlungen mit zuständigen Stellen der englischen Militärregierung freigegeben wurde, gibt den britischen Schiffsmaklern Gelegenheit, wesentlich zur Erhöhung des Dol-

larfonds der Firmen des Landes Bremen beizutragen und sich durch Provisionen Dollar Guthaben anzulegen. Sie können durch Bevorschüsse an die Kapitäne und Vermittler von Aufträgen, zu deren Erledigung Dollar notwendig sind, ihre Tätigkeit bedeutend erweitern. Der Dollarfonds wird entsprechend den Ausgaben dauernd ergänzt.

Schwedener für Doppelzone

Für die vorgesehene Stahlherzeugung der Doppelzone mit 4,8 Mill. t sind etwa 2,5 Mill. t schwedisches Eisenerz notwendig. Die Verhandlungen der anglo-amerikanischen Stellen mit Schweden sind soweit gediehen, daß schon im Laufe der ersten Januarewende 1,25 Millionen Tonnen Schwedenerz geliefert werden sollen.

Fische und Pferde aus Schweden

Schweden schuldet Frankreich auf Grund der Liquidierung deutscher Vermögenswerte einen Betrag von 24 Mill. Schwedenkronen. Nun haben die französischen Besatzungsbehörden Deutschlands über 8 Mill. skr verfügt und dafür Fische und über 1000 Pferde gekauft; beides ist für die französische Besatzungszone bestimmt.

Altfstoffe aus England

In diesen Tagen trifft in Hamburg im Rahmen des Altstoff-Einfuhrprogramms ein weiterer Dampfer mit Wollumpfen aus England ein. Insgesamt sind etwa 1 000 t Lumpen hochwertiger Qualität zu erwarten. Die Altstoffe gehen sofort in die Reißerei und werden dort verarbeitet.

Günstige hessische Exportbilanz

Das Exportgeschäft im Lande Hessen ist im Jahre 1947 nicht so ungünstig verlaufen, wie man hätte erwarten können. Die Zahl der in diesem Sommer getätigten Exportabschlüsse hat kürzlich mit 30 Mill. die Dollar-Grenze überschritten. Auch die Effektivausfuhr hat sich von Monat zu Monat aufwärts bewegt und bereits die Höhe von 5 Mill. Dollar er-

siegt. Damit steht Hessen in der Effektivausfuhr in der Doppelzone an zweiter Stelle hinter Bayern.

An der hessischen Ausfuhr sind die nachstehenden Länder wie folgt beteiligt: USA 22%, Schweden 19% (Dampfer-Veredelungsgeschäft), Schweiz 18,6%, Holland 11%, Belgien 7%, Frankreich 6,5%, Dänemark 3%, Luxemburg 2,9%, CSR 2,8% (Kali), Kanada 1,4%, Mexiko 1,4%, Großbritannien 1,1%, Österreich 0,8%, ferner: Argentinien, Brasilien, Norwegen, Venezuela, Ägypten, Kuba und Irland. Es gelangten folgende Waren zur Verzehrung: Optische Geräte und Instrumente 22%, Steine und Erden 17,6%, Kaustobak 15,4%, Maschinen 14,7%, Chemikalien 14,7%, Wein 5%, elektrotechnische Artikel 5%, Lederwaren 3%, Dienstleistungen 1,4%, Textilien 0,1% und sonstige Waren 1,1% der Gesamtausfuhr.

Exportaufträge in Solingen

Das Interesse des Auslandes an Bezugs Solinger Schneidwaren hat neuerdings erheblich zugenommen. Die Anfragen kommen aus allen europäischen und zahlreichen überseeischen Ländern. Gefragt sind insbesondere Scheren, Rasiermesser und Bestecke, daneben Taschenmesser und Rasierklippen.

Auf helgischen Rheinkähnen

Zwischen belgischen Rheinschiffahrtsgesellschaften und der JEIA wurde ein Abkommen über den Transport von Kohle und Koks von Rhein und Ruhr nach Antwerpen auf belgischen Frachtkähnen abgeschlossen.

USA-Getreidelieferungen

Das USA-Landwirtschaftsamt gibt bekannt, daß im Februar 1948 180 000 t Getreide an die Doppelzone und 29 000 Tonnen an die französische Zone geliefert werden. Insgesamt werden im Februar 1948 995 000 t Getreide verschifft; davon erhält Österreich 165 000, Italien 177 000, Holland 48 000, Belgien 9 000 t, Griechenland 45 000 und Schweden 9 000 t.

Gütermarkt

Suche Halbschokolade gegen Teilkompensation. Angebote erbitte unter Nr. A 443 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Sehr beliebte Glasflaschen in 3 verschiedenen Ausführungen (auch mit Kolbenpumpe), Brau-Tischkender, formidabile farbige Ausführung (Metall mit Holz), Forderung für bitte Preisliste oder Musterbestellung RM 12,83 a. Porto-Versandkosten oder Nachnahme. Bitte Zusendung Elpasbedarf, Orp- oder Kleinförder-Preisliste erwünscht. Lautend Eingang an Heubühl E. H. Hirs, St. Blasien, Vörsen, (10) Oberlegg 1. Seiden.

Größter Posten 55-Spindelbohrer, 4,8 mm zu vertiefen. Erhöhter Angebote unter Nr. B 425 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Suche elektrische Kochherd mit drei oder vier Kochplatten u. Backrohr. Nur Markenfabrikate kommen in Frage. Bitte Preisliste od. Musterbestellung. Angebote sind zu richten an Nr. B 424 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Keppler-Messing-Alu-Schrott, Kabel und Litzen sowie abgedrehte Litzenmatten, gibt laufend ab nur an vorbehandelte Unternehmen, auch gegen Lieferung aus laufender Fertigung. Angebote sind zu richten unter Nr. B 425 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Fleischthermostate, Alkoholometer, Füllhöhenmeter, Manometer, Schwerepolder Kochgeschirre (auch Reispotter) zu kaufen gesucht. Firmen, die auch Interesse an Export haben, bitten ihre Anfragen unter Nr. B 426 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Bitte Alu-Kämme, Lochwägel, Wellenraster, Haselnüssen und and. Preisunterstützung. Angebote unter Nr. A 493 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Suche neuen Radio-Großapparat (Spitzenapparat) in Tausch gegen wertvollere seltenes Wertobjekt. Angebote unter Nr. F 461 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Bedeutende kanadische Importfirma sucht Verbindung mit Hersteller exportfähiger Spielwaren, Gebrauchs- und Geschenkartikale, sowie Porzellan- und Feingewerbe. Angebote schreiben an: Einkaufsreferent, Max. Sommer, (13) Colberg Bayern, Alexandrinestraße 42.

Handbetriebspumpe rein Messing/Gold, keine Prob- oder Stanzware, gullioniert und abgeleitet, per Paar RM 2,50 gegen Nachnahme, Mindestbestellung 10 Paar, liefert Firma W. H. Reiter, Großschmied, Steinheim-Stein, Mittelstraße 3.

Torpedo-Simpler-Standard-Schweißmaschine (Tax. Wert 90 %) zu leihen gegen ein Akkordentgelt (mindestens 60 Bälle). Angebote u. E. R. 258 an Ant.-Erpald, Matje & Co., Hannover 2.

Suche Bandagen, 1/2 hant in 6,45 mm Stärke und 25-26 mm Breite, Weiblich in 6,3 mm Stärke und 30 mm Breite, abnehmbar od. Abhilfe 0,15 mm. Oskar Fischer, Brodchenheim, Bahnhofstraße 5.

Wir übernehmen Stanzarbeiten bis 35 t, dragl. Anfertigung der Werkzeuge kurzfristig. Elektrohydraulische Werkstätten, Fähr/Bayern, Pagsstraße 13.

In Post- und Glückwunschkarten für alle Gelegenheiten in nur einzigartig schönster Ausführung zum Großverkauf laufend bereit. Angebote gesucht. Otto Rich, Weywood & Co., (24) Wyl. 188.

Einige 1000 Stück Werkzeugkästen, offen, mit 4 Fächer und Tragegriff, ohne Eisenblech, prompt ab Lager Hamburg lieferbar. Gest. Hanning & Banzach, Hamburg 1, Schützenburgerstraße 37.

Keramische Isolierplatten für die Elektrotechnik lieferbar. Anfragen unter A 1954 an Ant.-Expeditoren Ruetz, Stuttgart-Degerloch.

Damenstrickmännchen, verschiedenartig sortiert, Plattenbleche mit 12 Sieben, beides preisgünstig, prompt zur Versand lieferbar. Gest. Hanning & Banzach, Hamburg 1, Schützenburgerstraße 37.

Kleiderknöpfe, Holz mit Feinmuster, rot, blau, braun, schwarz, größerer Posten sofort preiswert verfügbar. Ernst Laue, Ellgollinger/Red.

Wir liefern 25 Watt Verstärker (Siemens E vert. 1) neuwertig. Wir liefern 25 Watt Verstärker, Anlage kombiniert, mit Schallplattenlaufwerk und Mikrofon, neuwertig, Teilzahl 25 Watt, Labor-Gehäuse. Wir liefern Halbleitende aus Qualitätsmaterial nach Angabe der Auslieferung für Halbleitende, Bügelblech usw. — Wir suchen Elektro- und Rundfunkartikel, Röhren, Lautsprecher, Elektro-Isoliermaterial usw. Ersatzteile, August Seibert, Elektro-u. Funkgeräte, Elektromaschinenbedarf, (14) Seligenstadt-Hessen, Wollstraße 42.

GOEKO-Brenner für Gas- und Ölheizung für die Industriezweige, industriellen aller Art. GOEKO, (14) Oberklingenberg, 16, Pfingstberg, Straße 92.

Tierisch-Eisenbleche, angeordnet, 0,10 u. 0,20 mm stark, 30 mm breit in Bänden circa 2 Tonnen, gegen Bauelemente, Holz etc. zu leihen gesucht. Angebote unter Nr. F 444 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Der bestbewährte Kleber in der Schindeldruck-, Kartonagen-Fabrikation, Versand-Abteilungen, Güterabfertigung, ist Soliflex. Ihren Gesamtbedarf für 1948 wollen Sie mit aufgeben. Ferner bitte mit: Mottenpulver in Beutel, Ölschlamm, Abwässer, Feinzerkleiner, Feinzerkleiner, Blitz-Blitz-Schneepulver in Beutel, Duffkissen, Jost Dose, Chemisch-technische Erzeugnisse, Höchst/Alfud (Oberbayern).

Elektrischer Beleuchtungsmesser (Marx „Egal“, Elektrischer Beleuchtungsmesser (Marx „Egal“, Elektrischer Beleuchtungsmesser (Marx „Egal“, Elektrischer Beleuchtungsmesser (Marx „Egal“, Elektrischer Beleuchtungsmesser (Marx „Egal“), gegen zeitigen Kauf Kompensation E. Kiefer, (17) Lärach, Teilsstraße 21.

Wir suchen für unsere Abteilung „Feldbau“ Lebensmittel, Obst, Gemüse und Landprodukte“ bezugsfähige Rohmaterialien wie: Suppengewürze, Trockenpasta usw. Musterangebote erbitte unter Nr. Buppenburg (11) Wollschmid, Schillingstraße 48.

Industrie-Bandbinder (Polierbinder) mit Stahl- oder Messingborsten lieferbar. Anfragen mit näheren Angaben an den Hersteller unter AB 1958 an Ant.-Expeditoren Ruetz, Stuttgart-Degerloch.

Schuh- und Lederwaren-Fabrikation suchen laufend größere Mengen Fullscholle aus Kunstleder, Zell- und Bezoarolle, Mischgewebe, auch Webgarne in kleineren Nummern, Bezahlung erfolgt wöchentlich in Fertigung, Baumaterialie Angebote mit Mengen, Bezahl- und Preisangebots erbitte unter A 110 an WEL, Ant.-Expeditoren, Stuttgart-S., Böheimstraße 12.

Lieferer aus laufender Produktion: Schindeln, Flachsrohle (Orbe & and 10), Flachsrohle (kombiniert), Dung-, Heu- und Mistgabel, Kartoffel- und Keksformen. Anfragen erbitte an Gundlach H., Finkenweg bei Berlin.

Heizleiterdrat, 2,25 — 5,25 mm Durchmesser, Halbleitende, 270 Volt, 2,0 — 4,5 Amp., nur beste Qualität, laufend von Goslarer und Geislarerwerken gesucht. Angebote unter Nr. B 369 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Elektrische und Elektronenart, laufend zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. B 370 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Wir liefern künstliche Blumen, Krenschmuck und Seidenpapier für Kranzbinderei, auch gegen Tausch. Angebote unter Nr. B 439 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Exportfähige Artikel und Rohstoffe gesucht. Angebote an: WOLFGANG BUNDEL, Ebnach, C. W. Ebnach, Düsselberg, Graf-Adolf-Str. 98.

Schöne Stützwecken-Ahninger, bunl, mit Ring und Dia, naturgetreu, RM 9,45, liefert ab 200 Stück sortiert nur für den Wiesermarkt Kurt Kilditz, (14) Seitz, Beuth Essen.

Kunstlederwaren für Gebührende und die Zahntechnik kurzfristig lieferbar. Angebote u. Nr. B 403 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Aceten auf Gegenlieferung lieferbar. Angebote u. Nr. A 486 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Reines Zinn, Zinngehalt zwischen 99,8 u. 99,9 %...

Isopropylalkohol auf Oxydation... Angebots unter Nr. A 487 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Flaschen, Glasflaschen und Flaschen gesucht bei Oxydation von Isopropylalkohol...

Isopropylalkohol auf Oxydation... Angebots unter Nr. A 488 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

Milli-Rakete-Thermometer (R.C., sehr präzise, 10x24 mm) sofort abzugeben...

Neue Elektroentladung, weiß lackiert, zu verkaufen oder zu verchartern...

Neu gegründete Großhandelsfirma bietet Fabrikanten, Hersteller und Verarbeiter...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Fabrikant, Bedarf für das graph. Gewerbe sucht Verbindung mit Fabrikanten...

Hohes Preisniveau an den Weltwarenmärkten

Auch im 4. Quartal 1947 verzeichneten die internationalen Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkte zumeist eine sehr feste Haltung...

In den Vereinigten Staaten steht die Industrie bei einer Beschäftigung von mehr als 69 Millionen und einem steigenden Zahlungsmittelumsatz...

Die Rekordweizenenernten in den Vereinigten Staaten und Australien, das gute Ergebnis in Argentinien...

Für die englische Handelsmarine sind 2 Zt. 13 Passagier- und Frachtschiffe für 15 000 BRT...

Der plötzliche Auftrieb an den Rohgummimärkten von 18 1/2 cents Basis New York im September...

Nach zuster Eröffnung und weiteren Kursbefestigungen auf allen Märkten führte die plötzliche Vertiefung...

Am Rentenmarkt traten vorübergehende größere Abgaben in Erscheinung...

HAMBURG: fest. Die Hamburger Börse die offenkundig im Zusammenhang mit dem Währungsdevisenmarkt...

Die Pariser Börse zeigte in der Weihnachtswoche — die durch die Feiertage ohnehin nur wenige Börsentage enthielt — ein einseitiges Bild...

Woll-Auktionen haben sich die bis Ende Oktober erfolgten Steigerungen im ganzen nicht weiter fortgesetzt...

In der Gruppe der Buntmetalle verlief die Entwicklung allgemein stabil. Das sich zeitweise an den Kupfermärkten zeigende Mehrangebot...

INTERNATIONALE PREISENTWICKLUNG

Table with columns: WARE, BORSE, EINHEIT, QUALITÄT, 28.6.47, 21.9.47, 25.10.47, Mitte Dez. 47. Rows include Weizen, Roggen, Mais, Schmalz, Kakao, Zucker, Kautschuk, Baumwolle, Kupfer, Zinn, Blei, Zink, Silber, Hülsen.

Schiffahrts-Nachrichten

Die „CORONIA“ lief auf der Werft von John Brown, Clydebank, vom Stapel. Das Schiff hat einen stark ausfallenden Clipper Bug...

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT Die Frankfurter Wertpapierbörse verkehrte nach fester Eröffnung bis zum Wochenschluss in abgeschwächter Haltung...

LONDON Stock Exchange zeigt sich Anfang Januar wenig lebhaft, aber fest. Die Erklärung für diese Festigkeit findet sich in Deckungskäufen von Baisse-Spekulanten...

PARIS Die Pariser Börse zeigte in der Weihnachtswoche — die durch die Feiertage ohnehin nur wenige Börsentage enthielt — ein einseitiges Bild...

Einmal monatlich Kölner Lederbörse In Anbetracht des geringen Angebots hat sich die Leistung der Kölner Lederbörse entschlossen ab Januar nur noch einmal monatlich eine Börse in Leder, Häuten und Fellen stattfinden zu lassen...

Deutschlands Wirtschaft in Zahlen

Gebiet und Bevölkerung

Fläche (in qkm): 1935 (mit Saargebiet) 479 827,24; 1939 (mit Österreich und Sudetenland) 563 976; 1947 (Restdeutschland) 306 333.
 Flächen der Zonen (in qkm): amerikanische Zone 106 881; englische Zone 98 990; russische Zone 107 809; französische Zone 43 290; Berlin 894.
 Einwohnerzahl pro qkm 1939: 134, 1935: 134, 1939: 140, 1939: 147, 1946: 186.
 Gesamtbevölkerung (in Millionen): 1935: 59,189; 1946: 69,1; 1946: 69,933; 1947: 69,976.

Bevölkerungsbewegung

	1913	1932	1937
Ehndelungen	513 283	314 793	419 971
Lebendgeborene	1 836 750	993 126	1 275 212
Geleborene	1 004 950	707 442	793 192
Oberschul der Geburten	833 800	285 484	482 020
Auswanderer		10 325	14 203
Einwanderer			2 382

(je 1000 der Bevölkerung)

	1937	1939	1941
Ehndelungen	7,7	7,9	9,1
Lebendgeborene	27,5	15,1	18,8
Geleborene	15,0	10,8	11,7
Oberschul der Geburten	12,4	4,3	7,1

Industrie

Bergbau	1929	1932	1938
Steinkohle	163,4	104,7	184,2
Braunkohle	174,5	122,6	195,0
Erz	103	230	552
Aufhahlgestein	145,3	33,3	107,8
Eisenerz	4 374	1 340	12 400
Schwefelkies	331,9	175,2	417,7
Kupfererz	1 015,2	962,4	256,8
Wolfram	166,9	110,3	240,7
Zink	270,0	141,2	316,1
Arzenerz	27,9	2,8	24,4
Bauxit	7,3	1,6	99,4
Graphit	21,3	20,8	28,1
Rohborstein	51,6	39	41,7
Steinsalz	2 631	2 118	2 700
Siedesalz	501	485	628
Sole (Kochsalz)	792	632	1 273
Kalialze	13 316	6 416	16 442
Gipssteine	973	398	1 456

Kohlindustrie	1931	1938	1947
Koks aus Kokereien	39 421	19 338	43 527
Koks aus Öfenwerken	4 888	4 284	6 639
Aus Kokereien	386	208	559
Ammoniak-schwefels.	532	286	548
Steinkohlenteer	1 425	765	1 498
Braunkohlenteer	197	207	494

Eisenindustrie	1931	1932	1938
Rohstahl	13 239	3 932	18 664
Roheisen	14 652	11 827	21 825
Walzwerkzeug	11 345	4 247	15 875

Metallindustrie	1931	1932	1938
Gold	18,4	38,9	17,8
Silber	889,2	903,9	659,3
Kupfer	91,9	126,9	241,6
Weichblei	116,3	100,0	178,7
Zinn	108,4	45,0	193,3
Zink	2,7	1,9	2,4
Aluminium	33,3	19,2	161,1

Chemische Industrie	1931	1932	1938
Schwefels (Monohydrat)	1 704	935	2 229
Benzin	283	415	1 409
Leuchtöl	3,2	20,3	81,4
Öl-, Treib- u. Heizöl	84,8	146,3	444,8
Ethylalkohol (Böhmen)	153	292	435

Textilindustrie	1931	1932	1938
Spinn-Ergebnisse			187,6
Wollgarn			415,9
Baumwollgarn			44,7
Kunststoffe	26,4	24,8	184,5
Zellulose	1,3	1,3	184,5

Papier- und Druckindustrie	1931	1932	1938
Halbzellulose	737	742	1 155
Zellulose	1 204	947	1 431
Papier	2 339	1 803	2 547
Farbe	402	442	909

Kraftfahrzeug- und Bergbauindustrie	1931	1932	1938
Personenkraftwagen	96,3	43,4	274,8
Lastkraftwagen	31,4	8,2	79,4
Kraftfahrzeuge	201,0	47,2	177,8
Bereitg. (Dreien)	2 461	1 792	3 415
für Kraftfahrzeuge	11 154	17 204	16 491
für Bergbau			

Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1931	1932	1938
Silber	3 078	33 370	48 108
Alkohol (Wein)	3 343	2 253	4 437
Margarin	1 000	500	404
Rübenzucker	1 985	1 091	1 877
Zigaretten	1 157	6 224	9 148
Zigaretten	31 596	31 816	47 339
Baumwollgarn	33 346	32 718	31 931
Schnupftabak	2 158	1 826	1 451
Kautschuk	230	181	158

Landwirtschaft

Anbauflächen

Die Anbauflächen betragen für Roggen im Jahre 1932: 3,16 Mill. ha, 1933: 4,32 und 1946: 2,94 Mill. ha; für Weizen 1932: 1,96, 1933: 1,52 und 1946: 1,38 Mill. ha.
 Die Anbauflächen in der Doppelernte betragen 1946 (in 1000 ha) für Roggen 1222,8; für Weizen 797,3; für Gemengetreide 201,9; für Gerste 628,1; für Hafer 1933,7; also insgesamt für Getreide: 3861,8.

Viehbestand

	1913	1933	1946
Pferde	3 806,7	5 297,3	
Rindvieh	18 474,3	19 738,5	18 877
von Milchkühen		9 658,5	7 600
Schweine	22 533,4	32 890,4	7 531
Schafe	4 987,8	5 286,7	
Ziegen	1 143,8	3 587,9	
Hühner	43 970,3	87 348,4	
Enten	5 850,7	6 149,1	
Erlä	20 186,3	3 389,1	
Bienenstöcke	2 299,3		

Ertragsvergleiche

Ernterträge

Britische Zone			
Fruchtarten in 1000 t	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	1 384	1 028	-25,3
Weizen	574	505	-12,3
Gerste	524	197	-62,5
Hafer	1 542	845	-45,2
Kartoffeln	9 242	4 083	-56,2

Amerikanische Zone			
Fruchtarten in 1000 t	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	991	666	-32,7
Weizen	1 258	873	-30,9
Gerste	1 051	490	-53,3
Hafer	1 141	491	-56,9
Kartoffeln	10 380	5 347	-48,5

Französische Zone			
Fruchtarten in 1000 t	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	205	178	-13,1
Weizen	341	257	-24,0
Gerste	176	178	+1,1
Hafer	277	224	-19,1
Kartoffeln	3 053	2 042	-33,1

Russische Zone			
Fruchtarten in 1000 t	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	2 041	1 537	-24,7
Weizen	1 417	954	-32,8
Gerste	979	211	-78,2
Hafer	1 530	1 115	-26,8
Kartoffeln	18 414	11 495	-37,6

Alle vier Zonen zusammen

Fruchtarten in 1000 t	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	4 823	3 427	-28,9
Weizen	3 920	2 401	-38,8
Gerste	2 732	1 076	-60,6
Hafer	4 442	2 880	-35,1
Kartoffeln	41 291	24 969	-39,5

Hektarerträge

Britische Zone			
Fruchtarten in dt	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	18,4	14,1	-24,2
Weizen	22,7	17,2	-24,2
Gerste	22,7	16,0	-29,5
Hafer	22,1	15,4	-30,9
Kartoffeln	180,2	127,6	-29,1

Amerikanische Zone			
Fruchtarten in dt	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	16,9	14,0	-17,1
Weizen	21,2	17,1	-19,3
Gerste	19,4	16,0	-17,5
Hafer	18,7	15,0	-19,7
Kartoffeln	183,2	146,4	-20,1

Französische Zone			
Fruchtarten in dt	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	17,5	16,2	-7,4
Weizen	21,1	16,2	-23,2
Gerste	19,1	16,0	-16,4
Hafer	19,2	18,4	-4,7
Kartoffeln	178,2	127,4	-28,3

Russische Zone			
Fruchtarten in dt	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	16,5	14,3	-13,3
Weizen	22,8	17,8	-21,9
Gerste	21,2	16,5	-22,1
Hafer	21,0	16,0	-23,8
Kartoffeln	188,6	140,0	-25,7

Alle vier Zonen zusammen

Fruchtarten in dt	1937	1946	Rückgang in %
Roggen	17,378	14,45	-17,6
Weizen	22,1	17,15	-22,4
Gerste	20,45	16,125	-21,9
Hafer	20,3	15,45	-23,9
Kartoffeln	182,55	130,4	-28,4

Interzonen-Handel

Im Monat November 1947 betragen die Warenbezüge aus dem Westen 23,6 Mill. RM (Oktober 22,1 Mill. RM), die Lieferungen der Ostzone 21,7 Mill. RM (21,6 Mill. RM), so daß die Lieferungen der Ostzone in diesem Monat um etwa Kleinigkeit (0,9 Mill. RM) geringer sind als ihre Bezüge.

Über die Bewertung der Eisenlieferungen aus dem „Mindener Abkommen“ wurde vor kurzem bei Verhandlungen in Berlin eine Einigung mit dem Westen erzielt. Nach Berücksichtigung der sich hieraus ergebenden Gutschrift für den Westen von 9,1 Mill. RM beträgt der Aktivsaldo der Ostzone aus dem gesamten Interzonenverkehr 1947 Ende November 80,9 Mill. RM (80,8 Mill. RM), hiervon entfallen auf die amerikanische Zone 40,4 Mill. RM (44,3 Mill. RM) oder 49,7 %.

Britische Zone

Fischei 91 714 qkm (am 1. 1. 1947).
 Bevölkerung (in Millionen): 19,79 (1939); 22,318 (1946).
 Bevölkerungsdichte je qkm: 200,3 (1939); 208,3 (1946).
 Bevölkerungsbewegung (in 1946): Eheschließungen 183 701, Lebendgeborene 848 801, Gestorbene (ohne Totgeborene) 268 140, Jahresdurchschnitt je 1000 Einwohner im Jahre 1946 (1938 in Klammern): Eheschließungen 8,4 (8,0); Lebendgeborene 14,1 (13,7); Gestorbene 12,4 (11,1).

Großstädte

(in 1000 Einwohner)	1939	1946
Hamburg	1 711,7	1 426,7
Berlin	466,7	521,1
Köln	772,2	488,1
Dortmund	542,3	433,9
Düsseldorf	841,4	421,4
Hannover	471,0	340,0
Duisburg	434,4	355,7
Wuppertal	481,7	325,4
Gelsenkirchen	317,6	271,1
Bodum	305,5	245,3
Lübeck	154,8	244,2
Kiel	275,7	224,2

Landwirtschaft

Landwirtschaftlich genutzte Fläche in 1000 ha 1946 (1938 in Klammern): Ackerland 3400 (3513), Viehwiesen 1030 (1011), Wiesen 900 (982), Gartenland und Obstanlagen 273 (258), gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche: 6149 (6254).

Forstwirtschaft: Forsten und Holzungen 1946 (in 1000 ha): 1847 (1831 in 1939).

Anbaufläche und Ertrag*

	1938	1944	1947
Roggen:			
Fläche 1000 ha	814	745	709
Ernte 1000 t	1 739	992	1 034
dt je ha	21,4	13,3	14,4
Weizen:			
Fläche 1000 ha	345	281	204
Ernte 1000 t	1 077	499	321
dt je ha	31,2	17,8	15,7
Gerste:			
Fläche 1000 ha	235	122	95
Ernte 1000 t	497	194	147
dt je ha	29,7	16,0	13,4
Hafer:			
Fläche 1000 ha	454	548	541
Ernte 1000 t	1 424	824	813
dt je ha	31,4	15,0	15,0
Menggetreide:			
Fläche 1000 ha	125	153	170
Ernte 1000 t	295	215	254
dt je ha	23,7	14,1	15,1
Kornmais und Buchweizen:			
Fläche 1000 ha	13	7	—
Ernte 1000 t	21	4	—
dt je ha	16,7	8,3	—
Raps und Rüben:			
Fläche 1000 ha	13	37	28
Ernte 1000 t	29	31	



DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFT

vor dem Kriege

ZEICHENERKLÄRUNG:

- 1. BODENNUTZUNG
 - HOHER LAND- WIRTSCHAFTL. NUTZWERT
- 2. LANDWIRTSCHAFT
 - KARTOFFEL
 - ZUCKERRÜBEN
- 3. BERGBAU
 - STEINKOHLE
 - BRAUNKOHLE
 - EISENERZ
 - ZINK-BLEI-ERZ
 - KUPFER
 - URANERZ
 - ERDOL
 - KALI
- 4. INDUSTRIE
 - EISENVERHÜTTUNG U. VERARBEITUNG
 - CHEM. IND.
 - TEXTIL-IND.
 - SCHIFFBAU
 - KAUTSCHUK-IND.
 - GLAS-IND.